

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

293 (14.12.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 90 P., 1/4jährl. 2,70 M., Zugestellt durch unsere Träger 1 M., bezw. 3 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durchd. Geldpost 1,06 M. bezw. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleite od. deren Raum 20 P. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die Aussichten der preußischen Wahlreform.

Von Paul Hirsch.

Das bisherige Ergebnis der Landtagsdebatten über die Wahlrechtsvorlage läßt sich dahin zusammenfassen: Das Dreiklassenwahlrecht ist von allen Seiten preisgegeben. Der Ertrag der öffentlichen durch die geheime Stimmabgabe und der mittelbaren durch die unmittelbare Wahl dürfte auf Schwierigkeiten nicht stoßen, für das gleiche Wahlrecht dagegen ist vorläufig eine Mehrheit nicht vorhanden. So, man könnte, wenn man nicht wüßte, welche Inzidenzen im Parlament mitunter eine Rolle spielen, bei oberflächlicher Betrachtung sagen, die Einführung eines gleichen Wahlrechts ist aussichtslos.

Geht man für das gleiche Wahlrecht werden nach den Erklärungen ihrer Fraktionsredner nur stimmen die 40 Fortschrittler, die 12 Bolen, die 5 Sozialdemokraten und die 5 Unabhängigen, die sich im Falle der Ablehnung ihrer weitgehenden Wünsche möglicherweise bei der Gesamtabstimmung zu den Gegnern gesellen könnten. Weiter ist für das gleiche Wahlrecht zu haben ein Teil des Zentrums, von den Nationalliberalen nach der Erklärung Lohmanns einige, nach der Erklärung Schifferers ein Teil und vereinzelte Freikonservernate. Im günstigsten Falle wären das insgesamt 150 von den 443 Mitgliedern des Hauses, also nur ein Drittel.

Noch ungünstiger für die Wahlrechtsfreunde gestaltet sich die Lage angesichts der Zusammenlegung der Kommission. Der Zufall hat es gewollt, daß von den umbedingten auf dem Boden des gleichen Wahlrechts stehenden Parteien nur die Fortschrittler mit zwei und die Sozialdemokraten mit einem Mitglieder vertreten sind. Es brauchen von den 15 Vertretern der Mittelparteien, zu denen wir Freikonservernate, Nationalliberalen und Zentrum rechnen, nur 5 gegen das gleiche Wahlrecht zu stimmen, und dem Reformwerk wäre das Hindernis gebrochen.

Diese entscheidende Abstimmung muß sofort bei dem § 1 der Vorlage, also in einer der ersten Kommissionsitzungen, erfolgen. Fällt sie in völlig ablehnendem Sinne aus, dann sind die weiteren Beratungen zwecklos, und die Regierung, die sich vom Dreiklassenwahlrecht, vom Wahlrecht und von einem Wahlrecht auf berufständischer Grundlage losläßt, kann sich nicht mehr an den weiteren Beratungen beteiligen.

Hierin liegt die große Gefahr für das Scheitern der Vorlage; zugleich aber auch, so widersinnig das zunächst auch klingen mag, die Hoffnung, daß doch noch eine Grundlage zu weiteren Verhandlungen gefunden wird. Nationalliberalen und Freikonservernate werden es dahin nicht kommen lassen, ganz zu schweigen vom Zentrum, das solche Verantwortung keinesfalls auf sich nehmen wird. Mit seinem Empfinden für die Motive, von denen sich die politischen Parteien leiten lassen, hat der geschulte Parlamentarier Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg die Waffe des Druckes der Wähler aus seinem Arsenal herangezogen, eine Waffe, die auch unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts nicht völlig stumpf ist.

Nicht als ob wir uns der Hoffnung hingeben, daß im Falle der Auflösung des Abgeordnetenhauses und der Ausschreibung von Wahlen unter der Parole des gleichen Wahlrechts eine unbedingte reformfeindliche Mehrheit zustande käme! Eine Verschiebung nach links würde dann namentlich bei einem Zusammengehen aller Anhänger des gleichen Wahlrechts auf der ganzen Linie ja wohl zustande kommen, aber ob sie ausreichen würde, die Widerstände zu brechen, das ist zum mindesten zweifelhaft.

So hat bisher auch Herr Dr. Friedberg das Wort vom Druck der Wählermassen nicht angefaßt. Was ihm vorschwebte, waren nicht die Landtags-, sondern die Reichstagswahlen, die ja nach menschlichem Ermessen zuerst stattfinden, und daß die Parteien, die dem preußischen Volke das gleiche Wahlrecht vorzuenthalten wagen, nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland stark dezimiert werden würden, darüber herrscht kein Zweifel. Das deutsche Volk ist so tief davon durchdrungen, daß es sich beim preußischen Wahlrecht um eine deutsche Frage handelt, daß die Abrechnung mit dem Wahlrechtsfeinden eine so gründliche werden wird, wie nie zuvor.

Auf die Herren von der äußersten Rechten freilich, die es offenbar auf eine Machtprobe ankommen lassen wollen, haben die Worte des stellvertretenden Ministerpräsidenten keinen Eindruck gemacht, an ihre Adresse waren sie auch nicht gerichtet. Dennoch werden die Mittelparteien, von denen fast alles abhängt, daran nicht achtlos vorübergehen. Im Plenum mußten ihre Redner zunächst ihren Standpunkt wahren und die Aufträge ihrer Fraktionen ausführen. Aber wenn die erste Lesung vorüber ist, wenn sie vor Beginn der Kommissionsberatungen zu erneuten Fraktionsitzungen zusammenzutreten, dann werden sie bei ihren Beschlüssen die Erklärungen vom Reinermostisch nicht unbeachtet lassen können.

Bei den der ersten Lesung vorausgegangenen Fraktionsberatungen war das „Unannehmbar“ des Ministers Dreus, war das Friedbergische Wort vom Druck der Wählermassen noch nicht gefallen. Wenn jetzt die Vertreter der Regierung diesen Druck geschickt auszunutzen verstehen, werden sich die Ausschüsse für die Wahlreform günstiger gestalten. Natürlich haben die Anhänger des gleichen

Wahlrechts vor allem auf ihre eigene Kraft zu bauen. Der Druck der Wählermassen muß sofort einleiten. Beginnen wir sofort mit der Agitation, rütteln wir die Wähler auf, ruhen wir nicht eher, als bis auch aus den entlegenen Dörfern und den kleinsten Stätten weithin vernehmbar der Ruf erschallt: Das gleiche Wahlrecht für Preußen!

Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen. — Erfolgreicher Vorstoß an der Themsemündung.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 13. Dez. (W.B. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Von Dirmuiden bis zur Lys und südlich von der Scarpe zeitweilig erhöhte Artillerietätigkeit. Westlich von Bullecourt entrißen unsere Truppen den Engländern mehrere Unterstände und nahmen 6 Offiziere und 34 Mann gefangen.

Zwischen Moenores und Bendhuille hat sich die schon abends lebhafteste Artillerietätigkeit heute Morgen verschärft. Auch nördlich von St. Quentin gesteigertes Feuer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

In Verbindung mit Erkundungsgesandten legte in einzelnen Abschnitten die Feuerfähigkeit auf.

Westlicher Kriegsschauplatz

Wie vereinbart, beginnen heute im Bereich des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern die Verhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes, der die zurzeit bestehende Waffenruhe ersetzen soll.

Mazedonische Front

In Cerna-Bogen wurden in kleineren Unternehmungen eine Anzahl Italiener und Franzosen gefangen.

Italienische Front.

Bei Schneefall und Nebel blieb die Gefechtsfähigkeit gering.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlich wird veröffentlicht:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenruhe. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand an allen russischen Fronten wurden heute früh wieder aufgenommen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Schnee und Nebel verhinderten geseit in den venetianischen Gebirgen jegliche Kampfaktivität. Die Truppen des Feldmarschalls Conrad haben nach bisheriger Zählung in den viertägigen Kämpfen um das Meletta 639 italienische Offiziere und über 16 000 Mann als Gefangene eingebracht. Die Beute setzt sich aus 93 Geschützen, 233 Maschinengewehren, 4 Minenwerfern, 81 Minenwerfer und viel anderes Kriegsgerät zusammen.

Der Chef des Generalstabs.

Der bulgarische Bericht.

Sofia, 12. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht. Mazedonische Front. Im Cerna-Bogen und in der Moalena-Gegend und zu beiden Seiten des Wardars lebhaftes Geschützfeuer. Eine unserer Angriffstruppen drang in die feindlichen Stellungen südlich Gengheli ein und kehrte mit verschiedenen Beuteplündern zurück.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Die russische Delegation ist am 12. Dezember zur Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen verabredungsgemäß in Presnitowok eingetroffen. Die nächste Vollsitzung findet am 13. Dezember vormittags statt.

Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Bern, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Der Petersburger Berichterstatter des „Seccolo“ drahtet: Die russische Abordnung zur Unterhandlung über einen Waffenstillstand habe den Deutschen Friedensvorschläge machen wollen, ohne irgend welche militärische Pläne über die Ausföhrung des Waffenstillstandes ausgearbeitet zu haben. Die deutsche Abordnung habe aber den politischen Plan der Ruffen bestimmt zurückgewiesen mit der Begründung, nur über die militärischen Bedingungen eines Waffenstillstandes unterhandeln zu wollen. Die Besprechungen seien hierauf unterbrochen worden und die bei

der Abordnung befindlichen Offiziere des russischen Generalstabs hätten in einer Nacht die technischen Bedingungen für einen Waffenstillstand ausgearbeitet. In einer darauf folgenden Besprechung hätten die Deutschen darauf bestanden, daß in den Vertrag über den Waffenstillstand die Formel aufgenommen werde, daß sofort Verhandlungen über einen formellen Friedensschluß begonnen werden.

Erfolgreicher Angriff an der englischen Küste.

Berlin, 13. Dez. (W.B. Amtlich.) Leichtes Seeboot unter Führung des Korvettenkapitän Heinde haben am 12. Dezember morgens dicht unter der englischen Küste vor der Themse-Mündung den feindlichen Handelsverkehr angegriffen. In erfolgreichem Gefecht mit den englischen Vorposten wurden zwei große Dampfer und zwei bewaffnete Patrouillenfahrzeuge verjüngt. Unsere Streikräfte kehrten ohne eigene Verluste oder Beschädigungen zurück.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Ein Seegefecht.

Daugesund, 13. Dez. Reuter meldet: Gestern war eine mehrstündige Kanonade westlich von Uffre hörbar. Am stärksten von 1 bis 2 Uhr nachmittags. Am Brande und zwischen Hoge und Bergen traf ein stark beschädigter englischer Torpedojäger ein. Einzelheiten fehlen noch.

Zwei englische Dampfer versenkt.

W.B. London, 13. Dez. Die Wätter melden, daß Lloyd zufolge die englischen Dampfer „Britannia“ und „Caliope“ versenkt wurden.

Die militärische Lage im Westen.

W.B. Berlin, 13. Dez. (Nicht amtlich.) In Flandern steigerte sich am 12. Dezember die Artillerietätigkeit gegen unsere Stellungen in Gegend Dirmuiden. Auch unsere Stellungen zwischen Bahn Bechinge-Staden und Ypern-Roulers erhielten zeitweise lebhaften Beschuß, der besonders um Passchendaele und nördlich Bezelare auch abends anhält.

Bahnanlagen und Lager bei Ypern, Batterien südwestlich Dirmuiden, sowie militärische Anlagen in Dünskirchen, Journes, Elberdingen und Poperinghe wurden bei beobachtet guter Wirkung mit Bomben belegt.

Westlich Cambrai entrißen eigene Sturmtruppen westlich Bullecourt den Engländern in etwa 600 Meter Breite ein Grabenstystem und brachten außer 6 Offizieren und 84 Engländern vier Maschinengewehre und 3 Minenwerfer als Beute ein. Auf der Cambraifront hat sich am 13. Dezember seit 6 Uhr vormittags lebhafter auf die Nachbarabschnitte übergreifender Artilleriekampf entwickelt.

An mehreren Stellen der französischen Westfront brachten wir aus erfolgreichen Unternehmungen Gefangene und Beute ein.

Das Schicksal Jerusalems.

Wien, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Im Heeresauslaß der österreichischen Delegation machte Kriegsminister v. Stöber-Steiner eine vertrauliche Mitteilung über den abgeschlossenen neuen Waffenstillstand. Auf eine Anfrage über das Schicksal der Stadt Jerusalem erklärte der Minister, aus den bisherigen Meldungen gehe hervor, daß die Einnahme Jerusalems kampflos erfolgt sei und daß die Stadt keinen Schaden erlitten habe. Nach Versicherungen des osmanischen obersten Heeresleitungs seien mutwillige Beschädigungen ausgeschlossen. Die türkische Stellung westlich Jerusalems sei in der Nacht vom 9. Dezember überrumpelt worden, worauf sich die Türken durch die Stadt ostwärts zurückgezogen hätten. Jerusalem solle nunmehr außerhalb des Kampfgebietes liegen.

Kriegsausgaben der Entente seit dem 12. Dezember 1916.

Berlin, 13. Dez. Das Jahr, das der Zurückweisung des deutschen Friedensangebotes am 12. Dezember 1916 folgte,

kommt der Entente teuer zu stehen. Abgesehen von den Verlusten an Menschen, Material und Gerät, erreichen die reinen Kriegsausgaben eine ungeheure Höhe. Nach Ententequellen gaben in diesem Jahre aus: England 53 Milliarden, Frankreich 35,3 Milliarden, Rußland 46,6 Milliarden, Italien 12,2 Milliarden, Amerika 53,1 Milliarden. Dies gibt die gewaltige Summe von 200 Milliarden für ein einziges Jahr. Demgegenüber stehen: für Deutschland 36 Milliarden, Oesterreich-Ungarn 18,7 Milliarden, Türkei 0,66 Milliarden und Bulgarien 0,64 Milliarden, zusammen für die Mittelmächte 56 Milliarden. Die ungeheuren Zahlen der Entente bedeuten eine beträchtliche Zunahme gegen die früheren Kriegsjahre. So stehen die 53 englischen Milliarden der letzten 12 Monate gegen nur 68 Milliarden der vorausgehenden 28 Monate, während die 56 Milliarden der Mittelmächte nur eine leichte Erhöhung gegenüber den 95,2 Milliarden der gesamten früheren Kriegsjahre darstellen. Das Verhältnis wird in den künftigen Kriegsmontaten sich noch mehr zu Ungunsten der Entente verschlechtern und das Ergebnis wird um so fühlbarer sein, als zwar die Mittelmächte ihre Kriegslasten fast ganz aus dem eigenen Lande aufbringen, die Ententeländer dagegen außerordentlich schwer über schuldet sein werden.

Französisches Luftschiff in Holland.

Amsterdam, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Heute früh landete in Emmes-Butten ein französisches Luftschiff ohne Besatzung. Das Luftschiff blieb zwischen den Säulern hängen und richtete beträchtlichen Schaden an. Vermutlich hatte die Besatzung das Luftschiff vor der Landung verlassen. Man fand in der Gondel Briefe, Karten und Räder der Besatzung und die Motoren waren noch im Gange. Bei Stiedrecht wurde heute früh ein englischer Züeger ohne Flugzeug aufgegriffen. Man glaubt, daß er zur Besatzung des fremden Luftschiffes gehört. Er wurde nach Dordrecht gebracht, um dort interniert zu werden.

Eine bemerkenswerte Rede des italienischen Ministerpräsidenten.

Rom, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung der Agenzia Stefani. In der Kammer verlas Orlando die Ministererklärung und sagte: Unsere militärische Lage, deren ganze bedrohliche Schwere ich in der Sitzung vom 14. November geschildert habe, hat sich im Dezember verbessert und zwar beträchtlich; wenn sie gleichwohl noch ernst bleibt, so zeigt doch ein Vergleich, welche schreckliche Zeiten wir erlebt haben. Es soll hier keine militärische Analyse gemacht werden, in dessen kann man wohl sagen, daß das Gelingen der Kämpfe unter so außergewöhnlich widrigen Umständen eine Tatsache darstellt, deren militärischer und moralischer Wert unermesslich ist. Unser Herz wird bewegt und begeistert, wenn man bedenkt, daß die Verdienste in dieser Beziehung unseren Söhnen, den Soldaten Italiens zukommt. Alle Verhältnisse und Umstände waren ihnen entgegen, selbst ihre physische Erschöpfung nach dem so schwierigen Marsch. Die zahlenmäßige Überlegenheit der durch den Sieg sich geworbenen Feinde, die niederdrückende Gewalt der gegnerischen Artillerie und die nur improvisierte Vorbereitung unserer Verteidigungswerte, selbst die der Sache der Eindringlinge außerordentlich günstige Jahreszeit — alle diese Hindernisse wurden von unseren Soldaten kräftig angegangen und überwunden.

Orlando unterzog die wirtschaftliche Lage des Landes einer Prüfung und betonte die ungeheuren Schwierigkeiten, die die allgemeine Preis-erhöhung bewirkten und noch größere, die durch den vollkommenen Mangel an den notwendigsten Dingen zur Ernährung hervorgerufen hätten, selbst wenn dieser in engen Grenzen gehalten werde. Er sagte: Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse können nicht unverzüglich durch die Tatsache des Friedens geändert werden. Das einzige Heilmittel bestehe darin, die Erzeugung im Lande so hoch als möglich zu gestalten, sie wenigstens nicht zu verringern, ferner darin, den Verbrauch einzuschränken und zum mindesten nicht zu erhöhen. Unsere Finanzen geben einen bewundernswürdigen Beweis von Widerstandskraft, indem sie den Stoß unserer Unfälle mit Kraft überstanden haben, die ein anderer wunderbarer Beweis für die Festigkeit des italienischen Volkes ist. Hingegen ist der Stand des Wechsels schlecht, dessen Höhe das Zeichen der Mißstimmung ist und neue Mißstimmung zeitigt. Einfachheit der Lebensführung und Entschleunigungen sind jedem Bürger auf als Pflichten. Orlando kündigte eine Reihe von Maßnahmen in dieser Hinsicht an.

Lugano, 13. Dez. (Privatmeldung.) Nach Meldungen aus Rom nahm die Kammer unter Zustimmung des Ministerpräsidenten Orlando mit 274 gegen 75 Stimmen einen Antrag an, eine Geheimfaltung abzuhalten. Dieser Beschluß ist als ein Sieg der Regierung über die Kriegsheter anzusehen.

Affaire Caillaux.

Paris, 13. Dez. (Privattelegramm.) In der Kammer wurde heute nachmittag dem Ansuchen um Ermächtigung zur Strafverfolgung Caillaux stattgegeben.

Paris, 13. Dez. (Privattelegramm.) Meldung der Agence Havas. Dem Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung gegen Caillaux sind Dokumente beigelegt, deren Zuverlässigkeit gewiß ist und die sich im Ministerium des Innern befinden. Es geht daraus hervor, daß Caillaux im Dezember 1916 in Rom mit Persönlichkeiten in Beziehung getreten ist, die im Verdacht standen, nicht nur wegen ihrer Vergangenheit und wegen ihrer offenkundigen neutralistischen Anschauungen, sondern auch wegen ihrer wohlbestimmten deutschfreundlichen Gesinnung und Gefühle. Wegen dieser Gefühle standen sie schon damals im Verdacht, die Interessen Deutschlands in Italien zu fördern, ein Verdacht, der seitdem durchaus bestätigt worden ist, so daß drei davon als Mitschuldige Cavallinis verhaftet worden sind. Noch schwerere Tatsachen wurden enthüllt im Laufe

einer Unterhaltung, die Caillaux in Rom hatte. Sogar in Gegenwart von bedeutenden Persönlichkeiten soll er sich nicht scheut haben, verbrecherische Propaganda zu betreiben. Er legte dar, das Ministerium Briand sei kurz vor dem Stürze und würde zweifellos durch das Ministerium Clemenceau ersetzt werden, das nur durch die Verschärfung des Krieges bestehen könne, aber durch neue militärische Anstrengungen schnell erschöpft sein würde. Frankreich könne den Kampf nicht über das Frühjahr 1917 hinaus fortsetzen. Dann werde er die Macht übernehmen und den Frieden unterzeichnen. Italien muß sich also vorbereiten, mit Deutschland einen Sonderfrieden zu schließen. Die Welt würde erstaunt sein über die Vorteile, die Deutschland Italien und Frankreich würde gewähren können; denn alle Kriegskosten würden von Rußland und dem Balkan getragen werden müssen. Serbien werde verschwinden, damit geschehe ihm nur recht.

Bern, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Vonner Blätter melden aus Paris: Bei Beginn der getrigen Kammereröffnung, der die Deputierten fast vollständig beimohnten, bestieg Caillaux schnellen Schrittes die Rednertribüne und erklärte, er war abwesend, als der Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität eingebracht wurde. Die Regierung mußte das wohl, wäre er, Caillaux, da gewesen, als der Antrag eingebracht wurde, wäre er sofort auf die Rednertribüne gestiegen. Wenn er in der Kammer, zurufe auf verschiedene Banken, Protest auf der äußersten Linken, Caillaux fuhr fort: Ich glaube, daß ich wenigstens ein Anrecht auf die Unparteilichkeit aller meiner Kollegen habe. Ich werde in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen, alles Gesagte über mich niedriger zu bringen, das auf nichts beruht. Ich werde der Kammer auch alle Erklärungen über meine Politik vor und während des Krieges geben. Clemenceau ist natürlich nicht zugegen, aber ich bitte meine antwortenden Amtsgenossen, ihn zu sagen, daß ich ihn für einen der nächsten Tage zu einer Unterredung auffordere. Caillaux, der zuerst leise sprach, erhob schließlich seine Stimme. Auf einigen Banken der äußersten Linken, den Liberalen und Sozialisten klatschte man Beifall. Die Kammermehrheit beobachtete stillschweigend.

Die Lage in Rußland.

Ein Erlass gegen die Kadetten.

Petersburg, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung der Petersburger Tel.-Ag. Folgender Erlass ordnet die Verhaftung der Gegenrevolutionäre, der feindlichen Militärs- und Zivilisten, an: Die führenden Mitglieder der Kadettenorganisationen müssen, da sie Feinde des Volkes sind, verhaftet und durch revolutionäre Gerichtshöfe abgeurteilt werden. Die Sowjets ihrerseits müssen Maßnahmen zur Überwachung der Kadettenorganisationen im Hinblick auf ihre Einverständnis mit den Militär- und Zivilisten Kaledin und Kornilow gegen die Revolution treffen. Der Erlass tritt mit dem Augenblick der Veröffentlichung in Kraft.

London, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Reuters. Daily Chronicle" meldet aus Petersburg, daß nach Berichten der Eisenbahngesellschaften die Sturmabteilungen Kaledins bei Wolgorod gefangen worden seien. Koiakentvertürungen an General Kaledin seien unterwegs.

Rotterdam, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Das Netherlandische Bureau meldet aus Petersburg: Eine drahtlose Nachricht aus Moskau am Don besagt, daß Kaledin die Stadt belagert. Bei Nachtsichtungen ist ein Kampf im Gange. Die maximalistischen Truppen werden durch Geschütze von Abteilungen der Schwarzmeerflotte unterstützt. Bei Wolgorod dauert der heftige Kampf fort. Beide Parteien haben große Verluste erlitten.

Berlin, 13. Dez. (Privattelegramm.) Das Berliner Tageblatt" meldet aus Saparanda: Unter dem Präsidium des früheren Lumanitglieders Charlamow bildete in Kiew ein Südwestbalkaner eine Regierung, die eine Proklamation über ihre Politik bekanntzugeben beabsichtigt. Kornilows Koiakentruppen kämpfen hartnäckig. Ein gegen sie geschickter Panzerzug war nahe daran, zweimal umzingelt zu werden. In der vorigen Woche dauerte ein Gefecht von Morgen bis Abend. Von Petersburg mußten Panzerzüge und Hilfstruppen nachgeschickt werden.

Petersburg, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Reuters. Die Volkskommisare richteten eine Rundgebung an die Koiakent, worin diese aufgefordert wurden, zwischen Kornilow und Kaledin einerseits und dem Sowjet andererseits zu wählen, Kaledin und Kornilow sowie ihre Mitschuldigen zu verhaften und dem Sowjet auszuliefern.

Ausland.

Drahtlose Verbindung mit Indien.

Haag, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Der Minister für Wasserstraßen hat 5 Millionen Gulden zur Errichtung einer drahtlosen Station für die Abwendung und den Empfang drahtloser Telegramme nach und von Indien angefordert. Die Telefunken-gesellschaft in Berlin wird in etwa 3 Monaten Empfangseinrichtungen und in etwa 1 1/2 Jahren die Abgabeeinrichtungen fertigstellen.

Englische Finanzen.

London, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Im Unterhaus erklärte Bonar Law bei der Begründung einer Kreditvorlage über 550 Millionen Pfund Sterling, daß man bei der Einbringung der letzten Kredite in Höhe von 400 Millionen Pfund Sterling am 30. Oktober angenommen habe, diese Summe werde die Ausgaben bis zum 1. Januar decken. Die Annahme habe sich bewahrheitet. Der neue Kredit erhöhe die Summe der für das Finanzjahr bewilligten Kredite auf 2450 Millionen Pfund Sterling. Die durchschnittlichen täglichen Ausgaben betragen für die 63 Tage vor dem 1. Dezember 8794 000 Pfund, das übersteige die Schätzung im Budget um 138 008 000 Pfund Sterling.

Die Revolution in Portugal.

Bern, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Der Basler Presse zufolge beläuft sich die Zahl der Toten in Portugal auf 108, die der Verwundeten auf 800. Die Presse bespricht die Revolution wenig und bedeutend spekuliert als gestern. Der "Petit Parisien" erklärt: Die Revolution habe eine zweideutige Bedeutung angenommen.

Portugal sei in voller Krise. Jede Gesichtspunkt werde immer mehr verleert. Es gäbe weder Präsident, noch Kammer, noch Senat. Die ersten Erklärungen der einseitigen Diktatoren pflegten nur wenig Vertrauen zu genießen. — „Excelsior“ hält die Verhaftung Nachabos für ein Anzeichen der Mißfaul der Monarchisten. Man müsse die Folgen des Staatsstreiches abwarten.

Aus der Partei.

O weh! Der Redakteur des Gewerkschaftsblattes „Der Rührer“, A. Regge, einer der fanatischsten Vorläufer der Unabhängigen, tritt am 1. Januar von seinem Posten zurück, weil er sich mit dem Gewerkschaftsverband über den Inhalt des Blattes nicht verständigen will. Nachdem der Rücktritt Regges bekannt geworden war, erschien in einer der letzten Nummern des „Rührer“ ein Leitartikel über allgemeine Gewerkschaftsfragen. Ueber diesen Aufsatz fiel die unabhängige Presse wütend aus und forderte, um daran zu zeigen, wie restlos losgerissen die Gewerkschaftsführer seien, wie rücksichtslos die „Umlerner“ alle proletarischen Interessen über Bord werfen. Jetzt lese man, warum ein erklüchter Arbeitervertreter wie Regge habe gehen müssen! — Die unabhängige Presse glaubte nämlich, daß Regge bereits gegangen sei. Aber zu ihrem Schmerz muß sie jetzt eine Zuschrift Regges veröffentlichen, daß er ja noch bis zum 1. Januar den „Rührer“ in voller Unabhängigkeit leite, und auch den so stark befürworteten Artikel selber verfaßt habe! — Wir gratulieren der Presse der Unabhängigen zu diesem köstlichen Material. Entschuldigend hier doch föhlich ihre Taktik, alles kritisch herunterzureihen was ihres Glaubens der Feder eines Anhängers der alten Partei entstammt. Wir sind fest überzeugt, daß wenn man Artikel Kautskys oder Mehrings mit dem Namen Scheidemanns oder Davids unterzeichnet diesen Blättern vorlegte, daß dann Kautskys und Mehring von ihren eigenen Anhängern einen ganzen Sad voll Schimpfwörter wegen Prinzipienlosigkeit, Umlernens und Regierungssozialismus empfinden müßten.

Konmunicipalpolitik.

Eine großzügige kommunale Möbelstelle.

Die Köhner Stadtverordneten bewilligten einen Kredit von zwei Millionen M. zur Verorgung weiter Kreise mit Möbeln durch eine städtische Möbelstelle. Die Begründungsrede des Stadtverordneten Kaufmann Bau war die denkbar schärfste Anklage gegen die tugendlichen Kreise des auf diesem Gebiet bisher „freien“ Handels. Für alte Möbel wird nun die Stadt Köhner den Friedenspreis bezahlen. Es wird eine Möbelvermittlungstelle eingerichtet, die lediglich das Geschäft zwischen Käufern und Verkäufern von alten Möbeln vermitteln will, um beim Transport zu sparen. Neue Möbel sind heute sehr teuer; so kosten einfache Kücheneinrichtungen 900 M., die früher für 180—180 M. zu haben waren. Die Stadt hat nun über die Lieferung mehrerer Tausend Einrichtungen Verträge abgeschlossen. Der Kleinhandel wird gegen einen angemessenen Nutzen zum Verkauf der Möbel herangezogen. Nur der Möbelnot nach dem Krieg entgegenzuarbeiten, werden vorläufig 4000 Zimmereinrichtungen zurückgestellt. Bei der Abgabe dieser Möbel sollen vorwiegend Kriegsgetraute berücksichtigt werden.

Deutsches Reich.

Angst um den Profit.

Die Inhaber der Schnapsbrennereien in Nordhausen vermuten, daß ein Reichs-Branntweinmonopol kommt, wodurch ihnen die Möglichkeit, auch fernerhin aus Schnaps hohe Gewinne zu ziehen, genommen würde. Sie wenden sich deshalb mit einer umfangreichen Eingabe an den Reichstag, in der sie alle Gefahren, die aus einem Monopol für das Privatkapital entstehen, in den schwärzesten Farben schildern. Sie bitten den Reichstag dringend, einem Monopol seine Zustimmung zu verweigern, erklären sich aber bereit, dem Vaterlande weitere „Opfer“ zu bringen. In diesem Zweck schlagen sie eine entsprechende Erhöhung der Verbrauchsabgabe vor, die sie nicht bezahlen, sondern die von den Verbrauchern getragen werden muß, weil sie auf den Preis aufgeschlagen wird. Bei Neuregelung der Finanzverhältnisse im Reich wird es allerdings ganz unmöglich sein, auf die Geldbeutel-Interessen einzelner Gruppen von Privatkapitalisten Rücksicht zu nehmen.

Ein unhaltbarer Standpunkt.

Durch die Explosion in einer Munitionsfabrik in Adlershof ist gewaltiger Schaden entstanden, für den die Geschädigten die Heeresverwaltung verantwortlich gemacht haben. Die Heeresverwaltung bestreitet die Pflicht, Schadenersatz zu leisten und hat lediglich zur Linderung der durch die Explosion entstandenen Not der ärmeren Bevölkerung 150 000 Mark zur Verfügung gestellt. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Zubeil beharrt die Heeresverwaltung auf ihrem ablehnenden Standpunkt und fügt ihrer Antwort hinzu:

„Im Kriege ist es leider nicht möglich, nur solche Betriebe zur Munitionsherstellung heranzuziehen, die ihrer Lage und Einrichtung nach den gesetzlichen Friedensbedingungen vollausgenügen. Selbst Fabriken, die innerhalb bewohnter Ortschaften liegen, müssen für die Anfertigung von Munition ausgenutzt werden.“

Die Heeresverwaltung hat selbst das größte Interesse daran, Explosionen und Brände, soweit menschliche Voraussicht hierzu imstande ist, durch Erlass entsprechender Sicherheitsvorschriften zu vermeiden bzw. ihre Wirkungen nach Möglichkeit herabzumindern. Zur Überwachung der Ausführung dieser Sicherheitsvorschriften ist beim Kriegsamt, Etob, in Berlin eine aus den besten Sachverständigen auf diesem Gebiet bestehende Zentralstelle für die Überwachung der Pulver- und Sprengstoffbetriebe, und bei jeder Kriegsamtsstelle ein Überwachungsanspruch zum gleichen Zweck errichtet worden. Ferners werden vor Errichtung von Neuanlagen durch die Heeresverwaltungsausschüsse, denen auch der zuständige Regierungsrat und Gemeinderat angehört, die Bedingungen festgelegt, unter denen die Bau- und Betriebserlaubnis erteilt werden kann. Weiterhin ist angeordnet, daß nur die unbedingt nötigen Mengen Sprengstoffe gleichzeitig an einer Stelle vorhanden sein dürfen.“

Damit ist den Geschädigten nicht geholfen. Gerade weil der Krieg einen Ausnahmezustand geschaffen hat, muß das Reich, in diesem Falle die Militärverwaltung, für die daraus entstehenden Schäden aufkommen.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

3. Öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 13. Dez.

Präsident Dr. Rehter eröffnet um halb 10 Uhr die Sitzung. In der fortgesetzten Besprechung der Interpellationen über die Kohlenversorgung beiprucht

Abg. Strobel (Soz.)

die Tätigkeit des Kohlenkommissars. Wenn der Kohlenkommissar von allen seinen Rechten Gebrauch gemacht hätte, wäre dem Kohlenkommissar niemals Gelegenheit gegeben gewesen, solche Schwierigkeiten zu machen, wie sie von ihm tatsächlich ausgeht worden sind. Man wird den Eindruck nicht los, daß das Kohlenkommissariat einzig und allein seine Interessen und nicht diejenigen der Allgemeinheit im Auge hat. Die allerjüngste Kritik verdient das Verhalten verdamnender Kritik. Kohlen in großen Vorräten anzuhäufen, die der Allgemeinheit entzogen werden. Jetzt ist es selbstverständlich sehr schwer, die Kohlen wieder aus den Kellern herauszuholen und sie den Bedürftigen zuzuführen. Der Hausbrand benötigt einen so geringen Bruchteil aller Kohlen, daß man die hierfür benötigten Mengen auch aufbringen sollte. In Mannheim z. B. benötigt die Zellstofffabrik im Jahre mehr Kohlen als der gesamte Hausbrand in der großen Stadt. Man sollte endlich einmal bei den Großbetrieben sparen, die so viele Kohlen haben, daß sie noch ihre Beamten reichlich mit Kohlen versorgen können. Unerspart ist die Preissteigerung auf dem Kohlenmarkt. So lange wir eine derartige Kohlenknappheit haben, muß der Eindruck vermieden werden, daß die Wohlhabenden in reichlicherem Maße beschützt werden, als die Minderbemittelten. Aber dieser Eindruck würde dadurch hervorgerufen, daß man den Inhabern großer Wohnungen in über Gebühr reichem Maße Kohlen zufließen ließ, als den Mietern der kleinen Wohnungen. Wenn Kohlenmangel herrscht, muß sich eben jeder einschränken. In Stadt und Land sind Hunderte, die ihre Novemberkohlen noch nicht erhalten haben. Die Situation ist ernst und es muß alles getan werden, um über die nächsten schwierigen Wochen hinwegzukommen. Nur ist vorgeschlagen worden, die Kinos zu schließen; auch ich habe manches an den Kinos auszusuchen, ihre Schließung möchte ich aber nicht befürworten. Viele Leute gehen in die Kinos nicht nur um sich zu unterhalten, sondern auch um sich zu wärmen. Ein anderes Mittel Kohlen zu sparen, wäre auch viel besser, nämlich die durchgehende Arbeitszeit in noch weit umfangreicherem Maße einzuführen, z. B. auch in der Metallindustrie.

Abg. Rödel (Zentr.) führt aus, bei dem jetzigen Kohlenmangel werde es im Volke vielfach nicht verstanden, daß man die Leichenverbrennung nicht einschränke. Rehter hat berechnet, daß in Karlsruhe in einem Tage sechs Leiden eingeschickt wurden. Zu einer einzigen Leichenverbrennung benötigt man 7 Zentner Kohlen, man könne sich also leicht ausrechnen, wie viel Zentner Kohlen durch die Leichenverbrennung verschlungen würden; da wir aber im Lande viele Krematorien haben (in Karlsruhe, Pforzheim, Heidelberg, Mannheim, Freiburg) so wäre bei ihrer zeitlichen Schließung die Kohlenersparnis eine recht beträchtliche. Die Kohlen sind doch zunächst für die Lebenden da. In Zürich z. B. hat man das Krematorium geschlossen. Würde die Regierung diesem Beispiel folgen, würde sie in vielen Kreisen Anerkennung finden. Zu der Frage, daß es an Holzhausern fehle, möchte ich bemerken, daß die Holzhauser oft keine Lederstühle haben, ohne diese können sie ihren Berufs nicht nachgehen.

Abg. Kuhn (Soz.) beiprucht die sehr mangelhafte Kohlenlieferung im Bezirk Schwetzingen.

Abg. Witter (natl.) und Abg. Morgenstern (Zentr.) besprechen Wünsche mehr lokaler Natur.

Abg. Ged (Unabh. Soz.) wendet sich der Frage der Kinoschließung zu, die er nicht befürworten kann. An dem Programm der Kinomatographentheater ließe sich vielleicht noch mancher Strich vornehmen, wie er da geschäftlich das aber auch wieder in zu peinlicher Weise. Der Rehter rügt die Höhe der Strafen, die armen Leuten wegen unbedeutendem Holzstehlen auferlegt worden sind. Der Kohlenaufwand für die Krematorien in Baden ist ein recht geringer. Will man die Krematorien schließen, so könnte man auch anfragen, die katholische Kirche sollte keine Holzhauser mehr in den Weiskirchenbrennen brennen, denn mit der Menge Holzhauser könnte man Hunderte von Wägelchen versorgen. (Geht über zum Zentrum.)

Abg. Müller-Eppingen (N. B.) befaßt sich mit der Kohlenversorgung auf dem Lande.

Abg. Wirth (Zentr.) bringt die Kohlenversorgung im Zusammenhang mit der allgemeinen Volksgesundheit und Ernährung, mit der großen Fettnot, mit dem Fleischmangel, mit der Wohnungsfrage. Ich erkenne an, daß der Herr Minister den großen sozialen Fragen in diesem Kriege ein aufmerksames Auge schenkt, die uns zu den besten Hoffnungen Anlaß gibt. Aber die Tuberkulose hat einen Umfang angenommen, daß hier die Regierung auf jeden Fall noch mehr als bisher mit Kohlen versorgt werden. Man hat gehört, daß Baden, dem Kohlenkommissar in Berlin einen Vertreter begeben will; solche Vertreter sollten auch für andere Zweige nach Berlin entsandt werden, die etwas mit Holzschüssen aufzutreten, damit sie gehört werden, denn das ist notwendig. Die Zentralisation in Berlin ist für Baden zum Teil von Nachteil gewesen. Die Kinofrage ist doch nicht so harmlos, als wie sie dargestellt worden ist. Es ist eine Schande, wenn man sieht, wie heute am nachmittag die Leute ins Kino strömen und dort stundenlang Unterhaltung verschaffen will, aber unverständlich ist es wie viele Frauen stundenlang im Kino sitzen können; das ist doch ein bedenkliches Zeichen unserer Zeit.

Abg. Strobel (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Wirth in der Frage der Leichenverbrennung. Den letzten Willen des Verstorbenen sollte man nicht antasten.

Abg. Weneben (Z. B.) wünscht entweder die Schließung der Schulen in genügender Weise durchzuführen, oder die Schulen zu schließen. Wenn die Kinder im Mantel im Unterricht sitzen und frieren, ist das Unterrichtsergebnis ein geringes, denn die Aufmerksamkeit fehlt. Was die Leichenverbrennung anbetrifft, so sollte derjenige der selbst Duldung fordert, sie auch anderen gewähren.

Abg. Rödel (Zentr.): Ich habe nichts dagegen, wenn sich jemand verbrennen lassen will, aber warum soll ich in jetziger Zeit auf Kosten der Allgemeinheit geschehen. Bei sich verbrennen lassen will, soll auch die Kohlen stellen.

Ges. Rat Dr. Schneider antwortet auf verschiedene in der Debatte vorgebrachte Wünsche und Fragen. Er teilt mit, daß zum Hausbrand in Baden für die Monate November, Dezember und Januar 220 250 Tonnen oder 22 950 Eisenbahnschienen nötig sind. Eine besonders aufmerksame Belieferung der Schulen, hauptsächlich der Volksschulen wurde angeordnet. Die Kohlenmengen, die zur Leichenverbrennung nötig sind, sind im Verhältnis zum Gesamtverbrauch gering. Es ist den Kommunalverbänden überlassen worden, entweder die Krematorien mit Kohlen zu beliefern, oder nicht. Zur Brennholzversorgung wird alles getan, was nötig ist. Gefangene und beurlaubte Soldaten sind in großer Zahl in den Wäldern tätig. Die Erhöhung der Kohlenpreise ist gewiß bedauerlich. Es darf aber darauf hingewiesen werden, daß im feindlichen und neutralen Ausland die Kohlenpreise weit höhere sind als bei uns. Eine Benachteiligung Badens bei der Kohlenbelieferung ist nicht erfolgt.

Interpellation über die Ertränkungsgeldstrafe für Eis- und Schnellzüge.

Abg. Geiß (Soz.) begründet im folgenden die Interpellation (Soz.) und Gen. laudend: Was gebietet die Großregierung zu tun, um die eingeführten Ertränkungsgeldstrafen für den Eis- und Schnellzugverkehr alsbald rückgängig zu machen? — der Redner wies darauf hin, welche Ersparnisse diese Maßnahme dem reisenden Publikum gebracht haben und wie gerade die Maßnahmen zu großer Unzufriedenheit und zu Mißmut Anlaß gab. Die durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse haben eben ein vermehrtes Reisen der Geschäftsleute nötig gemacht und diese nun durch die Zuschläge ganz erheblich betroffen und geschädigt worden. Wir erwarten eine baldige Aufhebung der Maßregel.

Finanzminister Dr. Rheinboldt beäugt in der Beantwortung der Interpellation die Schwierigkeiten, mit denen der Eisenbahnverkehr zu kämpfen hat. Wenn die Erhöhung der Fahrpreise und damit eine Einschränkung des Schnellzugverkehrs nicht erfolgt wäre, hätten wir verhängnisvolle Folgen für den Eisenbahnverkehr erwarten müssen. Es war unter allen Umständen eine zögernde Einschränkung des Schnellzugverkehrs notwendig. Die Maßnahme soll auch nur so lange aufrecht erhalten bleiben, als es unbedingt notwendig ist. Die Abfertigung eines finanziellen Vorteils zu erzwingen, lag uns fern. Die Maßnahme hatte aber

Erfolg. Der Verkehr in den Schnellzügen ist damit zurückgegangen, daß eine Anzahl von Schnellzügen eingestellt werden konnte und die noch verkehrenden so gekürzt werden konnten, daß sie eine Lokomotive ziehen kann. Da uns die Härten der Maßnahme nicht unvorhergesehen blieben, haben wir Anlaß gegeben zu einer Sitzung, welche in Berlin stattfand und auf welcher die Fragen besprochen wurden. Man hat dabei auch die Frage aufgeworfen, ob es möglich sei, die Zuschläge wieder aufzuheben. Diese Frage ist akzeptiert worden und zwar auf Grund der Verhältnisse, wie wir sie immer noch im Eisenbahnbetrieb haben. Die Schwierigkeiten im Eisenbahnbetrieb waren während des ganzen Krieges niemals derart, wie im gegenwärtigen Augenblick. Wir hatten im Mannheimer Hauptbahnhof Schwierigkeiten größer Art, die sich auch auf andere Bahnhöfe erstreckten und wir sind damals ziemlich nahe am Verkehrsbankrott geirrt. Es war kaum mehr möglich, Ordnung zu schaffen. Auch heute noch sind die Schwierigkeiten so erheblich, daß wir wieder eine Gütersperre in Karlsruhe anordnen müßten. An eine Ausdehnung des Schnellzugverkehrs ist noch nicht zu denken. Wie nun schon bekannt geworden ist, werde am 15. Dez. die Ergänzungskarten aufgehoben, und durch eine Verdoppelung der Schnellzugskarten ersetzt. Ich darf Sie versichern, daß die Großregierung den Tag begriffen wird, der ihr gestattet, die eingeführten Maßnahmen wieder zu beseitigen.

Es wird nun in eine Besprechung der Interpellation eingetreten. Zunächst hat das Wort

Abg. Seubert (Zentr.), der betont, daß die Maßnahme so eingreifend gewirkt habe, daß sie das Festhalten an der Tarifhöhe gefährde.

Abg. Witter (natl.) bemerkt, daß die Schnellzüge heute nur noch für die Besorgermittelten fahren.

Abg. Hummel (Z. B.) wünscht, daß fürstlich bei solchen einschneidenden Maßnahmen die Kammer gehört werden müsse.

Abg. Gerke (N. B.) weist darauf hin, daß in Württemberg die Verhältnisse weit bessere seien als in Baden.

Finanzminister Dr. Rheinboldt führt aus, der Landtag hätte die Maßnahme nicht ablehnen können. Die Not war eine außerordentlich dringende. Auch die Mitglieder dieses Hauses hätten keinen besseren Weg gefunden. Hätten wir uns mit der Maßnahme nicht einverstanden erklärt, so wäre sie einfach vom Generalkommando befohlen worden.

Abg. Kopf (Zentr.) anerkennt, daß die Maßregel notwendig war, aber es wäre nicht nötig gewesen, gleich soweit zu gehen. Den Mittelstand hat man damit außerordentlich schwer betroffen. Man hätte sich auch mit der Hälfte der Zuschläge begnügen können. Die Schnellzüge sind jetzt teilweise stark entleert worden.

Abg. Rödel (Soz.) wünscht, daß dem Eisenbahnbau mehr Einfluß zukomme.

Abg. Koll (Soz.) führt aus, daß die Tarifmaßnahmen von Leuten gemacht worden, die gar nichts davon spüren, weil sie mit Freitagen fahren. Sie haben auch gar nicht das Empfinden, wie eine solche Maßnahme wirkt. Deshalb muß mit diesem Zustand aufgeräumt werden, daß solche schwere einschneidende Maßnahmen einfach auf dem Verwaltungsweg durchgeführt werden. Die Volksvertretung hat da unbedingt ein Wort mitzuzureden.

Nach kurzen Ausführungen des Finanzministers, der noch einmal die Notwendigkeit des Vorgehens betont und einem Schlusswort des Abg. Geiß (Soz.) wird die Besprechung über die Interpellation geschlossen.

Interpellation über die Beleuchtung der Eisenbahnhöfe.

Abg. Welser (Zentr.) begründet im folgenden die Interpellation seiner Fraktion: „Sind der Regierung die Mängel bekannt, die sich aus der Nichtbeleuchtung der Züge ergeben, und ist sie bereit, tunlichst sofort Abhilfe zu schaffen?“

Abg. Welser (Zentr.) schildert das Unzutreffende der Massenbeleuchtung im Dunkel und verweist auf die großen Gefahren in städtischer Hinsicht. Wenn es auch in letzter Zeit etwas besser geworden, so bleibt noch manches zu tun.

Finanzminister Dr. Rheinboldt verweist auf die kürzlich halbamtliche Mitteilung, wonach in der Beleuchtung der Züge Besserung geschaffen werde. Im Hinblick auf die Fluggefahr müsse aber eine gewisse Verdunkelung der Züge beibehalten werden.

Abg. Morgenstern (natl.) bemängelt, daß die Züge auf sehr langen Strecken bei der jetzigen Jahreszeit ungeheizt fahren.

Abg. Rödel (Zentr.) sagt, man habe die Beobachtung gemacht, daß sich die Mädchen in die für männliche Reihenden vorbezeichneten Wagenabteile drängen; die Schaffnerinnen seien ihnen gegen-

Theater und Musik.

Liederabend im Museum. — Sinfoniekonzert.

Herr Sopranfänger Vemo Ziegler hat bei seinem Liederabend im Museum mehr Glück mit der Wahl des Programms und des Begleiters am Klavier, als mit der seiner Partnerin gehabt, bei deren Darbietungen es vorerst noch beim guten Willen bleibt und leider wohl auch bleiben wird.

Die Vortragssfolge wies u. a. eine ganze Reihe zeitgenössischer Lieddichter auf, und es ist an dieser Stelle schon wiederholt betont worden, wie ungemein ehrend es für einen Künstler ist, wenn er an den Mitschaffenden nicht achtlos und in der Geringschätzung tragend vorbeischiebt. Man freute sich, einmal wieder Namen, wie R. Franz, Max Regner, Hugo Kamm und Peter Cornelius zu begegnen und außerdem Neuland kennen zu lernen, wie es in dem wirkungsvoll gestalteten Gebet von Z. Ziegler und den nicht minder dankbaren und herzlich empfundenen Goethe-Liedern A. Rudolphs herausgeführt wurde. Meistlich war der Vortrag des ausgezeichnet disponierten Herrn Ziegler, dem in Herrn Müller-Barnack ein gestaltungsfähiger Begleiter erwich.

Nachdem die letzten Neuaufführungen im Hoftheater schon auf Wochen hinaus den kaiserschen Raum aufgezogen haben, der der kunstkritischen Sparte zur Verfügung steht, muß leider jene eingehende Besprechung unterbleiben, auf die das fernerwerteste Neue und Neuartige in erster Linie Anspruch hat. Zudem wäre eine Kritik allein notwendig, wollte man der Münchener Partnerin des Herrn Ziegler mit Gründlichkeit auf ihren gesangs- und vortragstechnischen Abwegen folgen.

Im dritten Sinfoniekonzert des Hoforchesters wirkte der Geiger Josef Wolfsthal aus Berlin das Brahmskonzert, in der Cantilene noch nicht ganz groß, aber hinsichtlich der Gesamtleistung doch mit einer schon heute bedeutend hochstehenden Künstlerkraft, die, bei souveräner Technik, hinsichtlich der Auffassung und der Festig-

keit des Rhythmus am Vorbild Fletsch herangereift scheint. Herzlicher, spontaner Beifall des, immer noch nicht hinlänglich zahlreichen Publikums lohnte die prächtige Leistung. Die vortreffliche Brahm Begleitung und die Haltung des von Herrn Lorenz geleiteten Hoforchesters im zweiten Programmteil lassen für die, nach Nuancierung und Rhythmus (im großen Fugato), heraldisch schlechte Hiedergabe der Pfiffrischen „Christelfelein“ Duvetiere nur die eine Deutung zu, daß dieses Werk quasi prima vista gespielt worden sein muß. An sich bleibt es ja sehr dankenswert, daß man diese, zwar nicht ganz eigene, aber wohlklingend warmblütige und, was hier freilich kaum herauszuführen war, famos aufgebaute Komposition des jüngeren Pfiffrer endlich und zwar als Erstausführung herausbrachte. Das Märchenlied selbst hat Pfiffrer inzwischen zu einer durchkomponierten Oper ausgebaut, die noch ihrer Uraufführung harret.

Risikis Dante-Sinfonie, an der man die Realistik der instrumentalen Schilderung des Inferno selbst in unseren, fast ausschließlich der Orchestriervirtuosität geweihten Tagen noch bewundern muß, bildete den zweiten des Abends, der, der innerlichen Gehaltlosigkeit der Tonrichtung entsprechend, allmählich im Sande der Rangereile verlies, bis beim Magnifikat schließlich die feinsten Klänge eines wohldisziplinierten Kinderchors in Weihe die Stimmung kannten.

Das deutsche Theaterabendbuch wird soeben im Auftrag des deutschen Bühnenerzins zum 7. male durch den Verlag Deutscher u. Cie., Berlin B 15, zu dem, angelegentlich der bekannten Reichhaltigkeit des Inhalts und seines 800 Seiten betragenden Umfangs für die Preisverhältnisse erstaunlich billigen Preises von 2 M. herausgegeben. Neben dem Verzeichnis der ständigen Bühnen, der Sommertheater und reisenden Gesellschaften, sowie dem aller aktiven und gastierenden Bühnenkünstler, der Schriftsteller, Theaterindustriellen und Vereiner hat es einmal auch ein Nebenbild über die deutschen Front- und Stappentheater, als Dokument einer schwerwiegenden deutschen Kulturarbeit in dem bedauerlichen Wert Aufnahme gefunden.

Unterhaltung und Belehrung

Die merkwürdige Wanderung einer Schrapnellkugel.

Im Verlaufe des Krieges wurde bereits über zahlreiche sonderbare Verletzungen und ihre Folgen berichtet, und man weiß, daß manches Projektile im menschlichen Körper geradezu verblüffende Lageveränderungen vorzunehmen vermag. Einen besonders merkwürdigen Weg aber legte eine Schrapnellkugel zurück, die man ganz überraschenderweise bei einer Blindarmoperation entdeckte. Ein 30jähriger Landwehrmann, so erzählt Dr. Claus Harms in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“, wurde in ein Lazarett mit Ertränkungserscheinungen eingeliefert, auf Grund deren man Blindarm-entzündung annehmen mußte. Als der Patient, nachdem sein Befinden sich verschlechtert hatte, am ersten Krankheits-tage der üblichen Blindarmoperation unterzogen wurde, gelangte man zu verblüffenden Entdeckungen. Es stellte sich heraus, daß der Wurmfortsatz keinerlei krankhafte Veränderungen zeigte, hingegen fand man eine sich vom Blinddarm zum Rekt ziehende schlauchartige Verwachsung von ungefäh- r 5 Zentimeter Länge, in deren Zentrum ein harter runder Gegenstand fühlbar wurde. Man brachte den Fremdkörper heraus und erblckte eine Schrapnellkugel. Man wurde nachträglich festgestellt, daß der Patient im August 1914 verwundet worden war; er hatte einen Einschlag an der rechten Halsseite erhalten, doch war kein Ausschuß vorhanden. Bei den Röntgenaufnahmen hatte man damals trotz genauester Untersuchung kein Geschöß entdecken können, und zwar, weil die Bauchhöhle wegen krankhafter Erscheinungen nicht durchleuchtet werden durfte. Der Soldat wurde nach zehnwöchigem Aufenthalt im Lazarett wieder zu seinem Trupenteil entlassen und hatte von da ab bis zum Beginn der jetzigen Erkrankung nicht die geringsten Beschwerden. Die Schrapnellkugel aber war in den 2 1/2 Jahren durch die Gallen- fistelatur gewandert, sie hatte die rechte Lunge in ihrer Richtung durchdrungen, dann das Herzschloß und die Leber durchbohrt und war schließlich, ohne eine Darmverletzung zu verursachen, in die freie Bauchhöhle gelangt, wo sie dann liegen blieb.

über oft machtlos. Weit energischer Strafen können eine Besserung schaffen.

Abg. Benedek (S. V.) ist der Ansicht, daß man bei uns in Baden mit dem Nichtbeleuchten und Nichtheizen der Büge zu weit gehe. In der Pfalz und in Württemberg herrschen keine derartige Zustände. Eine kaurige und befehlende Mitteilung war es, daß man die Geschlechter in den Bügen trennen mußte.

Abg. Marum (Soz.) ist gleichfalls der Ansicht, daß wie in Baden mit den getroffenen Maßnahmen zu weit gehen. Der Umbau der Beleuchtung in den Bügen hat eine ganze Summe, man spricht von einer Million, gekostet; was man auf der einen Seite erspart hat, wird auf der anderen wieder hinausgebracht. Die Trennung der Geschlechter in den Arbeiterbügen ist eine sonderbare und rigorose Maßnahme, da sie nur in Arbeiterbügen angewendet worden ist. Damit spricht man der Arbeiterkraft ein Mißtrauen aus.

Abg. Bauschbach (N. R.) begrüßt die Maßnahmen der Trennung der Geschlechter, sie sei notwendig gewesen.

Geh. Rat Courtin macht Mitteilung, daß wenn sich der Kohlenvorrat auf der jetzigen Höhe hält, eine Verbesserung der Zugleistung in Aussicht steht. Bei der Länge der Büge ist eine gleichmäßige Erwärmung aller Wagen kaum möglich. Was die Beleuchtung der Büge anbelangt, so haben wir hier die Anordnungen der militärischen Behörden auszuführen und diese lauten dahin: völlige Abblendung der Büge. Der uns gegebene Rat, einfach die Vorhänge zuzuziehen, ist schwer auszuführen. Ein Teil der Vorhänge ist uns nämlich gestohlen worden und diejenigen, die noch vorhanden waren, haben wir entfernt, um sie vor Diebstählen zu retten.

Nach weiteren kurzen Ausführungen der Abg. Ringwald (natl.) und Beller (Centr.) wird die Besprechung geschlossen.

Präsident Dr. Behmer beräumt die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 20. Dezember (nicht Mittwoch den 19. Dezember) nachmittags halb 4 Uhr an. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation über den Zeugniszwang und Rechnungssachen. Schluß der Sitzung halb 2 Uhr.

Aus der Budgetkommission der Zweiten Kammer.

Die Budgetkommission der Zweiten Kammer legte gestern die Beratungen über das Budget der Verkehrsanstalten fort. Zu der geplanten Einführung der vierten Wagenklasse erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß sie gegen diese ist; von nationalliberaler und von Zentrumseits wird erklärt, daß die Mehrzahl der Fraktionsmitglieder für die Einführung stimmen werde. Denselben Standpunkt nimmt die rechtsstehende Vereinigung ein. Die fortschrittliche Volkspartei lehnt ebenfalls die Einführung der vierten Wagenklasse ab. Aber auch die Beschlüsse der vierten Wagenklasse haben Bedenken gegen die Verwendung der angeforderten 100 000 Mk. für den Umbau der Wagen dritter Klasse in vierter Klasse. Der Finanzminister erklärt, die Summe werde nicht in vollem Umfang gebraucht werden, sie sei nur in das Budget eingestellt worden, um eine formelle Grundlage für die Frage der Einführung der vierten Wagenklasse zu schaffen. Eine längere Debatte fand über die Frage statt, ob die vierte Klasse nach preussischem oder nach württembergischem System eingeführt werden soll. Mit neun gegen acht Stimmen wird prinzipiell beschlossen, die vierte Wagenklasse einzuführen; die Mehrheit entscheidet sich für das württembergische System. — Auf Anfrage erklärt die Regierung, daß die Warteliste für die Anwärter auf Schaffnerstellen noch weiterhin geschlossen bleiben müsse. In allererster Linie kommen die Militärwärter für die Schaffnerstellen, deren Zahl infolge verminderten Personenverkehrs geringer werde, in Betracht. Für die Beschaffung neuer Lokomotiven, Personen- und Güterwagen werden fünf Millionen mehr angefordert. Das Ausgabenbudget wurde genehmigt.

* Verfassungskommission. Der neu gebildeten Verfassungskommission der Zweiten Kammer gehören an: vom Zentrum die Abg. Kopf, Dr. Schofer, Wittenmann, Neubaum, Graf, Hartmann und Köhler; von den Nationalliberalen die Abg. Reumann, Dr. Blum, Dr. Koch, Red. Schön; von den Sozialdemokraten die Abg. Marum, Kolb und Kramer; von der fortschrittlichen Volkspartei Abg. Kujer und von der rechtsstehenden Vereinigung Abg. Bauschbach.

Baden.

Die staatliche Verbürgung zweiter Hypotheken.

Der Zweiten Kammer ist gestern der Gesetzentwurf über die staatliche Verbürgung zweiter Hypotheken zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen (Wirtschaftsversicherungs-gesetz) zugegangen. Nach diesem Gesetz wird das Finanzministerium ermächtigt, zur Förderung des Kleinwohnungsbaues die Bürgschaft für durch 2. Hypotheken gesicherte Darlehen zu übernehmen, die von anderer Seite unter Ausschluß der Rückbarkeit auf die Dauer von mindestens 10 Jahren an gemeinnützige Bauvereinigungen oder an solche Personen oder Stellen, die eine ausreichende Sicherheit für eine dauerndgemeinnützige Verwertung der von ihnen errichteten Kleinwohnungen geben, gemährt werden. Das zu verbürgende Darlehen soll einschließlich vorgebender oder gleichzeitiger Hypotheken 90 v. S. der Selbstkosten nicht übersteigen, die der Darlehensnehmer für den Erwerb usw. aufwendet. Zur Deckung der dem Staate aus den Bürgschaftsverträgen erwachsenden Verbindlichkeiten wird ein Betrag von 500 000 Mk. zur Verfügung gestellt.

Die Neuordnung über die Betreibung der Staatssteuern in Baden.

Am 1. Januar 1918 treten neue Vorschriften über das Verfahren bei der Betreibung der öffentlich-rechtlichen Geldforderungen im Bereich der bad. Zoll- und Steuerverwaltung in Kraft. Die Neuordnung wurde notwendig, da die Maßnahmen wegen nicht rechtzeitiger Entrichtung der Vermögens- und Einkommensteuer von Jahr zu Jahr zunehmen. Bei der Vermögens- und Einkommensteuer ist die Zahl der Mahnungen in den Jahren 1892 bis 1914 von 157 986 auf 26 949 gestiegen.

Nach den neuen Vorschriften werden künftighin die Säumnigen nicht mehr gemahnt, vielmehr wird, sobald die Zahlungssfrist umlaufen ist, eine Pfändungsanordnung erlassen, durch die der Steuerzahler beauftragt wird, die rückständigen Schuldbeträge einzuziehen und soweit keine Zahlung zu erlangen ist, die beweglichen Sachen zu pfänden. Es wird

eine Pfändungsanordnungsgebühr erhoben, die beträgt bei Schuldbeträgen bis zu 10 M 20 S; bis zu 50 M 50 S; bis zu 100 M 1 M; bis zu 250 M 2 M; bis zu 500 M 3 M; bis zu 1000 M 5 M usw. Müssen bewegliche Sachen gepfändet werden, so wird außer den Auslagen eine Pfändungsgebühr erhoben, die gerade so groß ist wie die Pfändungsanordnungsgebühr. Bei der Vermögens- u. Einkommensteuer einschließlich der damit zu entrichtenden Beförderungsteuer und Grundumlage verfällt außerdem eine Veräußerungsgebühr, die ebenso groß ist wie die Pfändungsanordnungsgebühr. Dasselbe gilt bei der Befristung, bei anderen Umlagen, bei den Beiträgen zur Unfallversicherung, Handelskammer- und Landwirtschaftskammerbeiträgen. Es empfiehlt sich deshalb dringend, die Steuern usw. rechtzeitig zu entrichten.

4 Durchf. 14. Dez. Im Alter von 65 Jahren ist der Direktor der Maschinenfabrik Geisner, Wilhelm Engel, gestorben.

□ Ettlingen, 11. Dez. Der Konsumverein Ettlingen und Umgebung hielt am Sonntag nachmittags 3 Uhr im „Gambirinus“ seine ordentliche Generalversammlung ab. Diese war den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend schwach besucht. Der Aufsichtsratsvorsitzende Herr Hermann Feil eröffnete dieselbe und gab die Tagesordnung bekannt. Hierauf erhaltete das Vorstandsmittglied H. W. Hammer Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. In kurzen Strichen berichtete er das heutige Wirtschaftsleben während des Krieges und brachte zum Ausdruck, daß es sehr schwierig sei unter den heutigen Verhältnissen im Nebenamt eine Genossenschaft zu leiten, besonders da am heutigen Tage eine öffentliche städtische Verkaufsstelle ist und da dem freien Handel in einschneidender Weise die Ware entzogen wurde. Der Vorstand hatte sich bemüht, mit Vereingung der hiesigen Kaufleute durch Eingehen an die Gemeinde sowie des Kommunalverbandes, gestützt auf eine ministerielle Verordnung, auch hier am Platze das sogenannte Vorbestellverfahren einzuführen, auf Grund dessen dann den Kaufleuten die dem freien Handel entzogenen Waren zur Verteilung zugewiesen werden sollten. Anfangs glaubte man, daß es zur Durchführung kommen sollte. Jetzt aber ist alles, wie es scheint, wieder eingeschlagen. — Der Umst. hat im abgelaufenen Jahre einen Rückschlag zu verzeichnen. Trotz alledem sei es möglich gewesen, durch äußerste Einschränkung an Verwaltungskosten und besondere Umsicht in der Verwaltung den Verein durch alle Gefahren zu geleiten. Das verlassene Jahr kann als befriedigend bezeichnet werden. Der Verein hat sich innerlich konsolidiert und kann ruhig in die Zukunft blicken. Hieraus wurde die Wahl für ein ausgetretenes Vorstandsmittglied vorgenommen; insoweit Wegzugs des Vorstandsmittgliedes Gustav Matthäus wurde an dessen Stelle Hermann Feil als solches einstimmig gewählt. Der amtliche Revisionsbericht wurde befriedigend aufgenommen. Die Bilanz wurde genehmigt; ebenso wurde der Bericht des Aufsichtsrates und des Aufsichtsrates, 4 Proz. auf voll einbezogene Geschäftskonten und auf den Umsatz zu vergüten, genehmigt. Dem Vorst. und wurde Entlastung erteilt. Der Vorstand brachte noch zur Kenntnis der Versammlung, daß er als Mitglied in den Kommunalverband berufen wurde, was von den Mitgliedern begrüßt wurde. Die Generalversammlung wurde geschlossen mit dem Wunsch, daß die nächste im Frieden tagen möge. Für die Wiederholung wurde dem Vorstand zum Schluß noch der Dank ausgesprochen.

o Wörthheim, 13. Dez. Bürgermeisterwahl. Bei der heutigen Bürgermeisterwahl für den gefallenen Bürgermeister Dr. Schwabert wurde einer Vereinbarung unter den Rathhausparteien gemäß der bisherige Stadtrichter Richard Strauß gewählt. Der neue Bürgermeister ist im 41. Lebensjahr und stammt aus Nürnberg. Er hatte auf den Unversittlichen Pfänden und Freiburg studiert, war zuerst im Staatsdienst tätig und trat 1907 in hiesige städtische Dienste.

o Appenweier, 12. Dez. Gestern Abend nach 1 Uhr ist der Personenzug 670 von Strahsburg auf den vor dem Einfahrtssignal der Station Appenweier haltenden Güterzug 7014 aufgefahren. Zwei Reisende und drei Eisenbahnbedienstete wurden geringfügig verletzt. Der durchgehende Verkehr war auf etwa drei Stunden (sperret). (S. 2. Aufl. 1. Aufl.)

o Heidelberg, 14. Dez. Gestern nachmittags sprang der 40 Jahre alte Soldat Otto Hlenbruch kurz vor dem Halten von der Elektrischen ab. Im demselben Augenblick kam ein Auto der Firma Benz in der gleichen Richtung. Hlenbruch wurde überfahren und erlitt zwei Beinbrüche und einen Schädelbruch. Er erlag jenen schweren Verletzungen.

o Heidelberg, 13. Dez. Gestern fand hier eine Versammlung des bad. Blindenvereins statt, die von ungefähr 60 Mitgliedern besucht war und die den Zweck hatte, die Blinden des badischen Landes in engerer Fühlung zu bringen. Beschl. wurde, sich an den Reichsblindenverein anzuschließen.

o Heidelberg, 13. Dez. Am 30. November 1917 ist bei einem Sturm auf die feindlichen Stellungen bei Cambrai der Militärbote und Juniorschiff des „Heidelberger Tagblattes“, Herr August Pfeffer, Inhaber des Eisernen Kreuzes, im Alter von 36 Jahren den Heldentod gestorben. Seit langen Jahren war Herr Pfeffer als Mitarbeiter des Familienkreises des genannten Blattes tätig. Seit März 1915 stand er im Felde.

Reitenhandel und übermäßige Preissteigerung.

o Freiburg, 14. Dez. Vor der hiesigen Strafkammer hatten sich mehrere Kaufleute wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Weib-, Wirt- und Strichwaren zu verantworten. Einer der Angeklagten hatte u. a. 80 000 Meter Wäschelborden für 5 Pf. gekauft und für 12 Pf. das Meter zu verkaufen gesucht, ferner den Preis für Badensstoff von 84 Pf. auf 145 Mk. das Meter hinaufgetrieben und dabei einen erheblichen Gewinn ringelstekt. Ferner hatten die Angeklagten militärisch beschlagnahmte Textilwaren verkauft. Die Strafkammer verurteilte einen der Kaufleute wegen Reitenhandels und übermäßiger Preissteigerung zu 8000 Mk. Geldstrafe und den zweiten wegen des gleichen Vergehens zu 2000 Mk. Geldstrafe. Ein dritter Angeklagter wurde freigesprochen.

Gewerkschaftliches.

Zum Gewerkschaftsentwurf des Arbeitskammergesetzes teilt das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission mit, daß es wahrscheinlich für die im Januar 1918 beginnende Reichstags-sitzung als Grundlage der Beratung dienen wird. Es legt die tatsächlichen Gründe dar, aus denen im gegenwärtigen Augenblick die Fortsetzung reiner Arbeiterkammern weniger aussichtsreich erscheint

als die vermittelnden Arbeitskammern. Können diese zustande, dann müssen sie als die zuständigen gesetzlichen Vertretungen in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen anerkannt werden, so daß weitere und anders geartete Arbeitgebervertretungen aufhören. Die müssen sich dann auf die rein wirtschaftlichen und gewerblichen Fragen beschränken und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen ausschließen. Das „Korrespondenzblatt“ hebt ferner die Bedeutung der vorgelegenen Stützungsstellen und Einigungsämter für die Durchführung der Übergangswirtschaft hervor. Im ganzen habe der neue Entwurf nicht bloß große sachliche Vorzüge vor dem dem bekanntlich gealterten Entwurf des Jahres 1910 voraus, sondern auch den entscheidenden Vorzug, daß er von dem Vertrauen der Arbeiter- und Angestelltenkreise getragen sei. Komme die Vorlage in der bevorstehenden Wintertagung zustande, so könnten schon im Frühjahr die Arbeitskammern errichtet werden und beim Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft mitwirken. Dabei würden sie ihre Feuerprobe bestehen und bald zu einem Grundpfeiler der künftigen Wirtschafts- und Sozialentwicklung werden.

Kriegswucher, Kriegsschwindel.

Für wen gelten die Nichtpreise? Wie amtlich mitgeteilt wird, sind als „angemessene“ für getrocknete Pilze den Sammlern zu zahlende Preise anzusehen:

- 1. Getrocknete Champignons, geschnitten: 1. Sorte, aus jungen Pilzen, weiß getrocknet 3,75 M. 2. Sorte aus älteren Pilzen oder unrein getrocknet 2,75 M. 3. Sorte, wurmfressig 1 M.
2. Getrocknete getrocknete Pilze geschnitten: Aubergilz, Sandpilz, Butterpilz, Schmelzling, Maronenpilz, Kapuzinerpilz, Gabichpilz, Korallenpilz, Fiegenart u. dergl. (ausgenommen Blätterpilze): 1. Sorte aus jungen Pilzen, tadellos getrocknet 1,75 M. 2. Sorte aus älteren Pilzen, wurmfressig 0,75 M.
3. Getrocknete Champignons, geschnitten: 1. Sorte, aus jungen Pilzen, tadellos getrocknet 1,75 M. 2. Sorte, aus älteren Pilzen oder wurmfressig 2 M. Die Preise gelten bei freier Lieferung von Verpackungsmaterial ab nächster Eisenbahnstation für je 0,5 Kilogramm.

Vergleicht man damit die im Kleinhandel geforderten Preise, die z. B. für Steinpilze 19 M. betragen, so ergibt sich für den Weg vom Sammler (Produzenten) bis zum Verbraucher ein Aufschlag von „nur“ 406%. Weshalb werden solche Preise überhaupt festgesetzt, wenn niemand sich um die Innehaltung kümmert und sie höchstens dazu dienen können, den Verbrauchern zu zeigen, wie billig die Lebensmittel sein könnten, wenn die amtlichen als angemessenen bezeichneten Forderungen von Produzenten und Händlern beachtet würden?

Neues vom Tage.

Das Unglück von Halifax.

Amsterd., 13. Dez. Einem hiesigen Blatt zufolge meldet die „Times“ aus Ottawa: Der kanadische Premierminister berichtet telegraphisch, daß infolge der Explosion in Halifax mehr als 10 000 Menschen verunglückt sind und 27 000 obdachlos wurden.

Unruhen in Spanien.

Bern, 13. Dez. (B. D. N. nicht amtlich.) Die Yborer Blätter melden aus Sevilla: Wegen der Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs wegen des Kohlenmangels ist die Industrie in einige vollkommene Lähmung gelegt. Es sind Unruhen ausgebrochen. 13 000 Arbeiter versammelten sich auf der Plaza Nueva und drangen in eine Fabrik ein. Weitere Einzelheiten fehlen.

Frankfurt am Main, 13. Dez. 80. November meldet, daß das internationale sozialistische Bureau in Stockholm den Sozialisten der Zentralmächte einen Brief überreichte, worin es deren Eingreifen zur Abwendung der angeblich geplanten neuen Armenierverschickungen erbittet. Wie wir von zuständigen Stellen erfahren, ist die Befürchtung des sozialistischen Bureaus unbegründet. Die türkische Regierung denkt nicht an eine neue Deportierung von Armeniern.

Aus der Stadt.

* Karlsruher, 14. Dez.

Neue Bezugspreissteigerung der Zeitungen.

Wie uns mitgeteilt wird, haben die Zeitungsverleger von Karlsruhe und Umgebung gemeinsam beschlossen, demnächst eine weitere Erhöhung des Bezugspreises eintreten zu lassen. Für den im Zeitungsdruck Eingeweihten kommt dieser Beschluß nicht überraschend. Alle Materialien, Druckpapier, Metalle, Druckwalzen, Farben, Terpentinöl, Schmieröl, Radmaterial usw. sind in letzter Zeit weiter erheblich im Preise gestiegen, zum Teil bis zu 400 Prozent gegen früher, und ein Ende der Preistreiberien ist nicht abzusehen. Dazu kommt, daß das Tarifamt den Gehilfen eine weitere Erhöhung der Lohnzuschläge zubilligt, die nach Lage der Verhältnisse durchaus gerechtfertigt ist, die aber für die Zeitungsverlage finanziell sehr ins Gewicht fällt.

All diese Umstände haben auch den „Volksfreund“ gezwungen, sich dem Beschluß anzuschließen, in der Ueberzeugung, daß unsere Parteifreunde und Leser diese Erhöhung mit uns als eine unbedingte notwendige Maßnahme zum Durchhalten der Zeitung anerkennen. Die Zeitungen müssen trotz des Aufschlags, der übrigens gegenüber der Preisaufschläge für sonstige tägliche Bedarfsartikel, ein ganz geringerer sein wird, den Hauptteil der durch den Krieg bedingten Kosten selbst tragen und manches Zeitungsmaterialien ist während der langen Kriegsdauer unter diesen Lasten schon zusammengebrochen. Wir hoffen aufrichtig, die schwere Zeit überwinden zu können im Interesse einer befriedigenden Erfüllung der großen Aufgaben unseres Parteiblattes und im Vertrauen auf den Idealsinn unserer Anhänger und Leser, die nach wie vor für die Weiterverbreitung des Blattes in allen Volksschichten unablöslich tätig sein mögen.

col...
ja...
10...
50...
der...
St...
her...
St...
und...
no...
Kun...
ber...
Dur...
—...
ten...
pold...
Som...
Re...
Sch...
den...
fin...
mehr...
M...
für...
sich...
ster...
sen...
zu...
den...
men...
enge...
W...
terme...
ele...
eines...
telm...
Regie...
tet...
den...
h...
im...
hat...
in...
Fr...
Die...
aus...
Frei...
in...
1...
2...
Vor...
daß...
ang...
Ka...
Zur...
tätig...
ktion...
1000...
er...
Hein...
Bud...
für...
H...
Ka...
Nach...
Ann...
Mit...
So...
erach...
An...
Hier...
Frei...
in...
zur...
Die...
ent...
Heb...
Leo...
d...
Die...
1...
2...
3...
Ka...

Hande, dann in Arbeit... das weitere... Die gewerblichen... Bedeutung... für... im ganzen... vor der... in Vertrauen... komme die... so könnten... und beim... Dabei... Grund... werden.

Kindel.

Kindel... mitgeteilt... Hilfe den... Sorte, aus... aus älteren... te, wurtm... Kuchpils, Kapuziner... (aus... en Pilzen, en Pilzen.

Sorte, aus... Sorte, aus... eise gelten... ab nächster... geforderten... ergibt sich... zum Ver... halb wer... emand sich... dazu die... als ange... enten und

ufolge mel... emini... on in Gall... und 27 000

ner Wätter... Elektrische... nduzierte... Uhr uhen... ch auf der... ere Einzel... melbet, das... m den So... überhand... ch geplanten... rüstungsfach... berrachend... algen, Jar... m. sind in... liegen, zum... Ende der... at, daß das... der Teu... nisse durch... lage finan...

14. Dez.

erleger von... beschloffen... e zu u g s... itungsfach... berrachend... algen, Jar... m. sind in... liegen, zum... Ende der... at, daß das... der Teu... nisse durch... lage finan...

freund... der Ueber... Erhöhung... e Maß... g auflossen... rübrigens... e Bedarfs... uptheit der... d mancher... riegswauer... Wir hoffen... en im Zu... n Aufgaben... n Zweck... vor für die... hten unab...

Weihnachtspenden. Der Großherzogin Luise wurden von der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Brehetefabrikation vorm. G. Sinner hier Mittel in größerem Betrag zur Verfügung gestellt. Die Großherzogin hat davon 10 000 M dem Bad. Heimatbund, 5000 M dem Roten Kreuz, 5000 M der Abteilung 2 des Bad. Frauenvereins und 5000 M der Abteilung 5 desselben Vereins für die Errichtung einer Kinderheilstätte im Schwarzwald überwiesen. — Das Großherzogspaar hat der Hausammlung für bedürftige hiesige Kriegerfrauen und ihre Kinder 300 M gespendet.

Eine Sonnenfinsternis ereignet sich heute am 14. Dezember. Sie ist aber in Europa nicht sichtbar, nur im südlichen Südamerika, in Westaustralien und im südlichen Atlantischen und indischen Ozean.

Eine Bürgerauskunftung findet nächsten Freitag, 21. Dez., nachmittags 5 Uhr, statt. Die Tagesordnung umfaßt nur zwei Punkte, zunächst die in der letzten Sitzung zurückgestellte Vorlage betr. Errichtung eines städt. Landwirtschaftsamtes und dann eine Vorlage betr. Anschließ des Lagerplatzes des Viehbaumtes an der Durlacher Allee an die städtische Straßenbahn. Vor der Sitzung — von 1/5—5 Uhr — findet die Erörterung eines Mitgliedbes in den Stadtrat und in den Verwaltungsrat der Karl-Friedrich-Leopold- und Sofien-Stiftung statt.

Spielfachenausstellung des Nationalen Frauenbundes. Am Sonntag, 16. Dezember, werden im Gemeindehaus der Weststadt Spielfachen ausgestellt sein, die in den Schülerbeschäftigungstagen des Nationalen Frauenbundes hergestellt wurden. Größere Schüler und Schülerinnen, die über das Fortalter hinaus sind, werden an verschiedenen Nachmittagen in der Woche mehrere Stunden beschäftigt u. zum Weiterarbeiten angeregt. Die Malerin Frä. A. Broومن stellte sich dem Nationalen Frauenbunde für die Leitung dieses Fürsorgeunternehmens zur Verfügung und sich die Kinder nach den eigenartigen und künstlerischen Entwürfen ihrer Schule arbeiten. Es soll durch die Ausstellung weiten Kreisen Gelegenheit gegeben werden, diese Spielfachen zu sehen und zu kaufen. Für die Ausstellung brauchen keine Eintrittskarten im voraus genommen zu werden. Montag, den 17. Dez., werden die Spielfachen von 10—1 und von 2—5 Uhr in der A. Broومن-Schule, Bismarckstraße 87, ausgestellt. Jedermann ist hierzu eingeladen.

Der deutsch-englische Verständigungsversuch.

BB. Berlin, 14. Dez. (Amtlich.) Nach einer Neuermeldung aus London, welche bisher nur als Presselegramm vorliegt, hat Herr Balfour auf die Anfrage eines Abgeordneten, ob die britische Regierung von den mächtigsten Friedensanträge erhalten habe und ob die Regierung darüber eine Erklärung abgeben könne, geantwortet: Da die Volkskommission in Petersburg es für gut befinden haben, einen vertraulichen Bericht des russischen Geschäftsträgers in London bekannt zu geben, steht nichts mehr im Wege, zuzugeben, daß die Regierung Sr. britischen Majestät im September 1917 von Deutschland durch Vermittlung eines neutralen Diplomaten eine Mitteilung erhielt, daß es der deutschen Regierung ein Vergnügen bereiten würde, der britischen Regierung eine Mitteilung über den Frieden zu machen. Die britische Regierung antwortete darauf, daß sie bereit sei, jede Mitteilung in Empfang zu nehmen, die ihr die deutsche Regierung zu übermitteln wünsche und daß sie bereit sei, darüber mit ihren Verbündeten zu beraten. Die britische Regierung verständigte die Regierungen Frankreichs, Italiens, Japans, Russlands und der Vereinigten Staaten von dem deutschen Antrag und von ihrer Antwort darauf. Hierauf erhielten wir keine Antwort und haben seitdem auch keine sonstige amtliche Mitteilung in dieser Angelegenheit erhalten.

eines neutralen Diplomaten eine Mitteilung erhielt, daß es der deutschen Regierung ein Vergnügen bereiten würde, der britischen Regierung eine Mitteilung über den Frieden zu machen. Die britische Regierung antwortete darauf, daß sie bereit sei, jede Mitteilung in Empfang zu nehmen, die ihr die deutsche Regierung zu übermitteln wünsche und daß sie bereit sei, darüber mit ihren Verbündeten zu beraten. Die britische Regierung verständigte die Regierungen Frankreichs, Italiens, Japans, Russlands und der Vereinigten Staaten von dem deutschen Antrag und von ihrer Antwort darauf. Hierauf erhielten wir keine Antwort und haben seitdem auch keine sonstige amtliche Mitteilung in dieser Angelegenheit erhalten.

Siezu ist folgendes berichtend und ergänzend zu bemerken: Anfangs September empfing die deutsche Regierung durch Vermittlung einer neutralen Macht eine diplomatische Anfrage über deutsche Kriegsziele. Die Art der Mitteilung der neutralen Regierung war eine solche, daß nach den internationalen Gepflogenheiten mit Sicherheit angenommen werden mußte, die neutrale Anfrage erfolge mit vollem Wissen der großbritannischen Regierung und mit ihrem Einverständnis. Ferner konnte aus den Umständen der Anfrage mit größter Wahrscheinlichkeit darauf geschlossen werden, daß das englische Kabinett von diesem Schritt wenigstens seinen wichtigsten Bundesgenossen verständigt und seine Zustimmung eingeholt habe. Die deutsche Regierung war grundsätzlich zur Beantwortung der Anfrage bereit. Es boten sich hierzu zwei Wege; der der mittelbaren oder der unmittelbaren Beantwortung. Gegen die mittelbare Beantwortung, d. h. durch Vermittlung einer neutralen Macht, sprach die durchschlagende Erwägung, daß jede einseitige Befamngabe der deutschen Stellungnahme auch schon dem neutralen Vermittler gegenüber die deutsche Politik einseitig, ohne jede Gewähr für die von der Gegenpartei eingenommene Stellung binden würde. Eine direkte mündliche Beantwortung durch einen Vertrauensmann erschien bei dieser Sachlage als die zweckdienlichere. Der weitere Verlauf der Ereignisse drängte indessen der deutschen Regierung die Uebersetzung auf, daß auf Seiten unserer Gegner nichts geschah, um eine betriege unmittelbare Beantwortung der Anfrage zu ermöglichen. Von der von Herrn Balfour erwähnten Neukierung der britischen Regierung über ihre Bereitwilligkeit, jede Mitteilung der deutschen Regierung in Empfang zu nehmen, hat die deutsche Regierung erst durch die Mitteilung Balfours im Unterhause Kenntnis bekommen. Weitere Schritte in dieser Angelegenheit sind von deutscher Seite nicht erfolgt.

Letzte Nachrichten.

BB. Berlin, 14. Dez. (Amtlich.) Im Mittelmeer wurden wieder 12 Dampfer und 6 Segler mit über 50 000 Briten tot von unseren Unterseebooten vernichtet. Die Mehrzahl der Dampfer wurde trotz starker Sicherung durch U-Bootsjäger, Zerstörer und Fischdampfer aus Geleitzügen herausgeschossen. Lebhaftige Gegenwirkung der Geleitzüge blieb in allen Fällen erfolglos. Der

Transportverkehr nach Italien und den Kriegsschauplätzen am östlichen Mittelmeer erlitt erhebliche Einbußen. Insbesondere konnte ein großer Dampfer als Truppentransportschiff nach Italien erkannt werden. Bei einem anderen wurde die Bestimmung nach Saloniki festgestellt. Unter den vernichteten Schiffen waren ferner die bewaffneten englischen Dampfer „Savona“ (5285 Tonnen), „Robistan“ (4732 Tonnen) und „Gvid“ (4159 Tonnen), sowie ein mit mindestens 8 Geschützen bewaffneter Hilfskreuzer, dessen Bestimmung beim Untergang namhafte Verluste erlitt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine. Das französische Luftschiff über Holland. BB. Amsterdam, 14. Dez. Das bei Remmesbuiten gelandete Luftschiff ist das englische lenkbare Luftschiff Nr. 26, das vorgestern um 6 Uhr früh in England aufgestiegen war und sich im Nebel verirrt hatte.

Präsidentenwahl in der Schweiz. BB. Bern, 14. Dez. Die vereinigte Bundesversammlung hat zum Bundespräsidenten für 1918 Bundesrat Calonder, zum Vizepräsidenten Bundesrat Müller gewählt. Weiter wurden die bisherigen Bundesräte Decobet, Motta, Ador, Schulthess, Calonder und Müller bestätigt und an Stelle des zurückgetretenen Dr. Forrer neugewählt Dr. Robert Saab, zurzeit schweizerischer Gesandter in Berlin.

Schweres Eisenbahnunglück. BB. Bern, 14. Dez. Die „Gazette de Lanjanne“ meldet aus Modane, daß im Tunnel bei Modane ein französischer Urlaubertzug entgleist ist, wobei 800—900 Menschen umgekommen sein sollen. Die Trümmer des Zuges hätten Feuer gefangen.

Briefkasten der Redaktion. Bruchsal, A. N. 16. Das einseitige Gedicht können wir leider nicht bringen, da es noch zu viele Schwächen aufweist.

A. F. Die genannte Beamtenkategorie zählt zu den mittleren Beamten. Sie sind bei uns in der Verwaltung und im Justizdienst Bureau-Vorsteher und kommen mit Wohnungsgeld auf 62—6500 M.; in Preußen etwas höher.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Adel: für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Veranstaltungen. Durlach. (Sängerbund Fortwärts), Morgen Samstag, den 15. Dezember, abends punkt 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal „Zum Lamm“. Das Erscheinen aller noch anwesenden Mitglieder, insbesondere der Sänger, ist dringend erforderlich. 1926 Der Vorstand. Naturfreunde. Heute 8 Uhr letzte diesjährige Versammlung mit Vortrag: Theoretische Touristik. Sonntag: Exkursion Kunstgewerbemuseum nach Vorbesprechung im Lokal. Veräume niemand im eigenen Interesse die Anmeldung zum Ausbruch an Weihnacht und Neujahr. Die Angehörigen der im Felde stehenden Mitglieder werden ersucht, falls sich die Feldpostadresse geändert, diese dem Vorstand mitzuteilen. 1925

Frachtbrieftage in sauberer Ausführung liefert Buchdruckerei „Volksfreund“.

Bekanntmachung.

Hierdurch beehre ich mich, die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Sitzung auf Freitag, den 21. Dezember 1917, nachm. 5 Uhr in den großen Rathsaussaal einzuladen. Tagesordnung: 1. Errichtung eines Landwirtschaftsamtes (Vorlage 42). 2. Abschluß des Lagerplatzes des Viehbaumtes an der Durlacher Allee an die städt. Straßenbahn (Vorlage 44). Vor der Sitzung — von 1/5—5 Uhr — findet die Erörterung eines Mitgliedbes in den Stadtrat und in den Verwaltungsrat der Karl-Friedrich-Leopold- und Sofien-Stiftung statt. Karlsruhe, den 13. Dezember 1917. Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Zur Verteilung von verschiedenen mir näher bezeichneten Wohltätigkeitsanstalten und Vereinen haben mir über eicht: Die Direktion der hiesigen Creditbank, Filiale Karlsruhe, 1000 M., Herr Carl Roth, Hofdrogerie, 127 M. Ferner erhielt ich von Fräulein Moos namens der Angehörigen von Heinrich Moos 100 M. (je hälftig für die Armen und den Bad. Heimatbund). Für diese Spenden spreche ich namens der Bedachten herzlichsten Dank aus. Karlsruhe, den 13. Dezember 1917. Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Nachdem Herr Stadtverordneter Dr. Richard Knittel die Annahme der am 30. Juni 1917 auf ihn gefallenen Wahl zum Mitglied des Verwaltungsrats der Karl-Friedrich, Leopold- und Sofienstiftung abgelehnt hat und die Ablehnung für verbindlich erklärt wurde, hat eine Ersatzwahl gemäß § 3 der Statuten mit Amtsdauer bis 24. Januar 1919 stattzufinden. Hierzu wird Tagfahrt auf Freitag, den 21. Dezember 1917, nachmittags von 1/5 bis 5 Uhr in den großen Rathsaussaal anberaumt. Sämtliche Herren Mitglieder des Bürgerausschusses werden zur Teilnahme an der Wahl hiermit eingeladen. Die zu Wählenden sind der Zahl der in nachstehender Liste enthaltenen Persönlichkeiten zu entnehmen. Die Liste wurde in Uebereinstimmung mit dem Verwaltungsrat der Karl-Friedrich, Leopold- und Sofienstiftung aufgestellt und durch Großg. Weitzmann ge rüft. Die Vorgelegenen sind: 1. Bischoff Eugen, Bauamt 2. Blum Ernst, Postinspektoren, Stadtverordneter 3. Eichhorn Hermann, Verbandsvorsitzender, Stadtverordneter. Karlsruhe, den 13. Dezember 1917. Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Stadtrat Florian Haber ist das Amt des Gemeindefekretärs im Stadtrat Gerwinckel übertragen worden. Er ist infolgedessen aus dem Stadtrat ausgeschieden. Gemäß § 25 Absatz 3 der Städteordnung und § 47 Absatz 1 der Städtewahlordnung ist der in der gemeinsamen Wahlobertragungsliste von 1914 als Ersatzmann vorgesehene Beherr Herr Eduard Reimann beizusetzen. Dieser hat die Annahme des Amtes abgelehnt und der Stadtrat fällt die Ablehnung nach § 9 Absatz 3 der Städteordnung für begründet. Da es an einem weiteren Ersatzmann fehlt, hat der Bürgerausschluß gemäß § 25 Absatz 3 der Städteordnung und § 47 Absatz 2 der Städtewahlordnung mit einfacher Stimmenmehrheit einen Ersatzmann mit Amtsdauer bis zu den nächsten Erneuerungswahlen zu wählen. Wählbar in den Stadtrat ist jeder Stadtbürger, dessen Bürgerrecht nicht ruht (§ 10 der Städteordnung). Es können aber: 1. diejenigen Beamten und die Mitglieder derjenigen Behörden, durch welche die Aufsicht des Staates über die Stadt ausgeübt wird, 2. die besoldeten Gemeindebeamten, 3. Geistliche und Volksschullehrer, 4. die besoldeten Richter, die Beamten der Staatsanwaltschaft und die Postbeamten die auf sie gefallene Wahl nur annehmen, wenn sie ihr Amt niederlegen. Vater und Sohn, Schwager und Schwiegersohn, Brüder und Schwäger sowie diejenigen, welche als offene oder persönlich haftende Gesellschafter bei der nämlichen Handelsgesellschaft beteiligt sind, können nicht zugleich Mitglieder des Stadtrats sein. Die Ersatzwahl findet Freitag, den 21. Dezember 1917, nachmittags von 1/5—5 Uhr, im großen Rathsaussaal statt. Sämtliche Herren Mitglieder des Bürgerausschusses werden zur Teilnahme an der Wahl hiermit eingeladen. Karlsruhe, den 13. Dezember 1917. Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die Kassenräume der Stadtkassentasse B (Armenkasse, Badanstalt entlaste, Rheinthalentasse, Stadtkasse fahr, Heimatbund, Kriegsschatz) und der städt. Vertriebskassen fahr befinden sich von Freitag, den 14. Dezember 1917 an im Erdgeschoß des nordwestlichen Flügels des Rathauses, Eingang Jägerstraße. Die Kassenschalter sind geöffnet von 8 bis 1/2 11 Uhr die Schalter der Postbankentasse von 8 bis 1/2 11 Uhr und von 1/2 bis 1/5 Uhr nachmittags, an Samstagen nur von 8 bis 1/2 11 Uhr. Die Buchhaltung verbleibt in den bisherigen Räumen im südwestlichen Flügel des Rathauses, Eingang Hebelstraße. 1915 Karlsruhe, den 13. Dezember 1917. Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die Kassenräume der Stadtkassentasse B (Armenkasse, Badanstalt entlaste, Rheinthalentasse, Stadtkasse fahr, Heimatbund, Kriegsschatz) und der städt. Vertriebskassen fahr befinden sich von Freitag, den 14. Dezember 1917 an im Erdgeschoß des nordwestlichen Flügels des Rathauses, Eingang Jägerstraße. Die Kassenschalter sind geöffnet von 8 bis 1/2 11 Uhr die Schalter der Postbankentasse von 8 bis 1/2 11 Uhr und von 1/2 bis 1/5 Uhr nachmittags, an Samstagen nur von 8 bis 1/2 11 Uhr. Die Buchhaltung verbleibt in den bisherigen Räumen im südwestlichen Flügel des Rathauses, Eingang Hebelstraße. 1915 Karlsruhe, den 13. Dezember 1917. Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die Kassenräume der Stadtkassentasse B (Armenkasse, Badanstalt entlaste, Rheinthalentasse, Stadtkasse fahr, Heimatbund, Kriegsschatz) und der städt. Vertriebskassen fahr befinden sich von Freitag, den 14. Dezember 1917 an im Erdgeschoß des nordwestlichen Flügels des Rathauses, Eingang Jägerstraße. Die Kassenschalter sind geöffnet von 8 bis 1/2 11 Uhr die Schalter der Postbankentasse von 8 bis 1/2 11 Uhr und von 1/2 bis 1/5 Uhr nachmittags, an Samstagen nur von 8 bis 1/2 11 Uhr. Die Buchhaltung verbleibt in den bisherigen Räumen im südwestlichen Flügel des Rathauses, Eingang Hebelstraße. 1915 Karlsruhe, den 13. Dezember 1917. Der Stadtrat.

Druckarbeiten

Druckarbeiten aller Art liefert schnell und billig Buchdruckerei Volksfreund

Arbeiter-Notizkalender 1918. Mit dem Vortrat Karl Marx. Der vierteilige Inhalt ist den Bedürfnissen der Arbeiter und der Kriegsgeld, angepaßt. Außer dem reichhaltigen statistischen Material und sonst wissenschaftlichen, wertvollen Notizen verdienen besonders hervorgehoben zu werden. Die deutschen Gemeinden vor und nach dem Kriege. — Vom guten Deutlich. — Sozialdemokratische Forderungen auf sozialpolitischen Gebiet. — Karl Marx. — Die Gewerkschaften im Kriegsjahr 1918. Preis 80 Pfg. Auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto. Buchhandl. Volksfreund Luisenstr. 24. Tel. 128

Auskunft Bürgel 300 Geschäftsstellen. Garantierlohn Mark 300 000. Einzel- und Abonnements-Auskunft für jedermann 600 Friedrichsplatz 2, Tel. 455

Schlachtperiode und sonstige Tiere, die zur menschlichen Nahrung nicht verwendbar sind, werden stets angekauft von dem Städtischen Gartenamt Karlsruhe.

GALERIE MOOS Kaiserstrasse 187 15. Nov. — 31. Dez. 1917 Gemälde Badischer Künstler Neue Graphik: Farbenholzschnitte Radierungen.

Kriegs-Ortsausschuß der Karlsruher Rasensportvereine. Sonntag, 16. Dezember 1917, nachm. 2 1/2 Uhr, treffen sich: A.-Kl.: Phönix Karlsruhe I — Germania Durlach I. K.F.V. Sportplatz bei der Telegraphenkaserne. F.C. Mühlburg I — F.C. Pforzheim I Mühlburger Sportplatz. B.-Kl.: Konkordia Karlsruhe I — F.V. Rastatt I. K.F.V. Sportplatz bei der Telegraphenkaserne. Nachmittags 1 Uhr auf dem K.F.V. Sportplatz: Phönix II — F.V. Beiertheim II.

Die städt. Badanstalt Bierordtbad ist ab 16. Dezember während der Kriegszeit an Sonn- und Feiertagen geschlossen.

1.- Mk. Unser Weihnachtsbuch **1.- Mk.**

„Grüss Dich Gott mein Badnerland“

jedem Feldgrauen eine willkommene Weihnachtsgabe.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz

1.- Mk. Depotabteilung, Stefaniest. 74. **1.- Mk.**

1811

Nationaler Frauendienst.

Sonntag, den 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Gemeindehaus der Weststadt,
Dienstag, den 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Gemeindehaus der Südstadt.

Müternachmittag für Frauen und Kinder.

Weihnachts-Aufführung

Chöre, Lieder, Schattenbilder.

Sonntag, den 16. Dezember, nach der Vorstellung:
Ausstellung und Verkauf von Spielsachen.

Eintritt frei.

Eintrittskarten sind Rathaus, Zimmer Nr. 17, Freitag, den 14. und Samstag, den 15., nachmittags 3-6 Uhr abzuholen.
Kinder dürfen nur in Begleitung Erwachsener kommen.

Weihnachtsschachteln

die in unserer Hauptsammelstelle
Karl Friedrichstrasse 17
zum Füllen abgeholt wurden, bitten wir bis spätestens
15. Dezember
dorthin zurückzuliefern.

Bad. Landesverein vom Roten Kreuz
Depotabteilung. 1800

Nationaler Frauendienst.

Ausstellung und Verkauf von Spielsachen

hergestellt in der Schülerbeschäftigungsstunde des Nationalen Frauendienstes nach Entwürfen aus der

N. Frauen-Schule

im Gemeindehaus der Weststadt
Sonntag, den 16. Dezember, nachmittags von 3 1/2 bis 7 Uhr,
in der N. Frauen-Schule
Bismarckstraße 37

Montag, den 17. Dezember, vormittags 10 bis 1 Uhr,
nachmittags 2 bis 5 Uhr.

Für meine Leihanstalt
suche ich
Flügel und Pianinos
zu kaufen
und erbitte Angebote.
Ludwig Schweigut,
Hoflieferant Karlsruhe,
Erbsprinzenstraße 4.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zirkale Karlsruhe.

Samstag, den 15. Dezember, abends punkt 8 Uhr,
findet in der „Kronenhalle“
Mitgliederversammlung
mit folgender Tagesordnung statt:

1. Mitteilungen der Ortsverwaltung.
2. Die neuen Feuerungsbeihilfen und Kriegszulagen.
Referent: Gauleiter Bärter.
3. Erhebung eines Ortszuschlages von 10 Pfg. ab 1. Januar 1918.
Referent: Gauleiter Bärter.
4. Schlußangelegenheiten, Wünsche und Anträge.
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet.

Die Ortsverwaltung. 1920

Mieter- und Bauverein Karlsruhe

c. G. m. b. H.

Wir bitten unsere verehrl. Mitglieder die Sparbücher, sofern eine Ein- oder Rückzahlung in diesem Jahre nicht mehr beabsichtigt ist, möglichst bald zur Einsichtprüfung und Prüfung in unseren Geschäftsräumen abgeben zu wollen.
Karlsruhe, den 14. Dezember 1917.

Der Vorstand.



Einen guten Fang

macht jedermann der seinen Bedarf in Messer u. Stahlwaren jeder Art deckt, wo dieselben auch sachmännisch geschliffen und repariert werden können.

Karl Hummel, Werderstrasse Nr. 13, Telephon 1547.

Große Auswahl



Wir empfehlen unser gut sortiertes Lager in
Noten für alle Instrumente
Versand nach auswärts erfolgt pünktlich. 1629

Odeon-Musikhaus

Karlsruhe. Kaiserstrasse 175.

Damen-Perlze

und Muffen, besonders Mascha- und Kreuz-Züchje.

32 Nur Zirkel 32, eine Treppe hoch.
W. Lehmann, im Hause der Fahrradhandlung 1309
Kein Laden. - Mäßige Preise.
Sonntags von 11 Uhr ab geöffnet.

Wir suchen für unsere Nahrungsmittelfabrik
fleißige, saubere, junge
Mädchen.

Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.
Gesellschaft Sinner
Grünwinkel.

1830

Städt. Handwagen-Vermietungsstellen

Gaswerk I, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5850, und
Wilderstraße 35, Fernsprecher Rathaus.

Stehen Handwagen mit Bedienung durch Säbiller für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung.

Die Miete einschließlich Bedienung beträgt für eine Stunde 75 S. Sie ist im Voraus zu bezahlen.

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller am Tage vorher oder spätestens am Benützungstage bis vorm. 9 Uhr anzubringen.

Das Bürgermeisteramt.

Gesucht werden:

Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen zum Anlernen sowie
Stundenfrauen für häusliche Arbeiten
für sofort oder später. 839

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100., 3. Stock

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegszulagen für die 2. Hälfte des Monats Dezember 1917 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweisarten an folgenden Tagen statt:

1 bis mit 2800:	Samstag, den 16. Dezember 1917.
2801 " " 5600:	Montag, den 17. Dezember 1917.
5601 " " 8400:	Dienstag, den 18. Dezember 1917.
8401 " " 11200:	Mittwoch, den 19. Dezember 1917.
11201 " " Schluß:	Donnerstag, den 20. Dezember 1917.

jeweils vormittags von 8 Uhr bis 1 1/2 Uhr und nachmittags 1/2 3 Uhr bis 6 Uhr im großen Rathhaussaal.

Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsgeschäfts muß dringend darauf bestanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgezeichnete Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 10. Dezember 1917. 1917

Das Bürgermeisteramt.

Venedig und die Piave-Linie

neueste Karte vom
Italienischen Kriegsschauplatz
gut beschriftet und sehr übersichtlich.
Preis 60 Pfg. (nach auswärts 5 Pfg. Porto).
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24